

Perspektiven für die Arbeits- und Aufstiegs-gesellschaft

Die Menschen werden in Zukunft anders leben, anders lernen – und anders arbeiten. Es geht uns nicht die Arbeit aus, sie verändert sich nur. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft besteht darin, dass alte Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen und dass die neuen Arbeitsplätze meist anspruchsvoller sind als die alten. Das war übrigens in der Geschichte der Menschheit immer so, sonst würden wir noch immer die Ernte auf unseren Feldern händisch einfahren. Es ist kein Drama, dass uns jene Arbeit ausgeht, die lange Zeit auch Last und Fron bedeutet hat. Ein Drama würde allerdings daraus, wenn wir nicht den Mut aufbringen, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen – und wenn wir die Chance verpassen, neue Arbeit zu schaffen und aus fremdbestimmter Arbeit eine sinnstiftende Tätigkeit zu machen.

Es geht uns nicht die Arbeit aus, sie verändert sich nur.

Von der alten zur neuen Arbeit

Die Alterung der Gesellschaft wird auf den Arbeitsmärkten deutlich spürbar. Das Arbeitskräftepotenzial nimmt so stark ab, dass selbst Zuwanderung und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen den demografischen Effekt nicht mehr kompensieren können. Die Folge sind „gespaltene“ Arbeitsmärkte: Während rein rechnerisch die Arbeitslosigkeit abnimmt, wird dennoch die Nachfrage nach (vor allem gering qualifizierten) Arbeitskräften in einigen Branchen und für bestimmte Berufe weiterhin geringer sein als das Angebot.

Hinzu kommt ein weiterer Trend: Die lebenslange Vollzeitstelle existiert für eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr. Selbstständigkeit, freiberufliche Projektarbeit und temporäre Erwerbslosigkeit wechseln sich ab. Das Versprechen „Arbeit ist gleich Sicherheit“ wird sich weiter auflösen. Neue Beschäftigungsformen entstehen, ebenso eine „Kultur der Selbstständigkeit“. Die so genannte „prekäre Arbeit“ ist nur vor dem Hintergrund der traditionellen männlichen Berufsbiographie prekär („ein Leben, ein Beruf, eine Sicherheit“). Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in Zukunft im Laufe ihres Lebens zwei, drei oder mehr Berufe ausüben. Der Staat darf sie bei diesen Übergängen nicht allein lassen.

Damit ändern sich die Beziehungen zwischen den so genannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Früher waren sie geprägt durch eine Art lebenslangen Vertrag: Der Arbeitgeber versprach Sicherheit und den Arbeitsplatz, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einsatz und Treue für ihr ganzes (Berufs-)Leben, bis dass die Pension sie scheidet. Dies ist nicht mehr die Basis der Arbeitsbeziehungen in der modernen Arbeitsgesellschaft. Sie sind heute und morgen geprägt von anderen Erwartungen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, dass ihr Engagement eines auf Zeit ist, erwarten aber, dass sie sich in dieser Zeit weiter entwickeln („employability“). Der Arbeitgeber kann keine lebenslange Stelle versprechen, aber man muss von ihm erwarten, dass er in seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in ihre Entwicklung investiert. Mit diesen neuen Arbeitsbeziehungen kommen auf die Sozialpartner ganz neue Aufgaben zu.

Viele werden in Zukunft im Laufe ihres Lebens zwei, drei oder mehr Berufe ausüben. Der Staat darf sie bei diesen Übergängen nicht allein lassen.

In der Phase des Übergangs zur „neuen Arbeit“ brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Unterstützung und andere Rahmenbedingungen, damit die Schere zwischen gut bezahlter Vollzeitarbeit und relativ ungesicherten Arbeitsverhältnissen nicht weiter auseinander geht. Investitionen in Bildung und Forschung und letztlich in das Humankapital jedes Einzelnen sind die moderne Antwort auf die neue Arbeits- und Aufstiegs-gesellschaft.

Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Um die Chancen der neuen Arbeitsgesellschaft zu ergreifen und sie zu einer Aufstiegs-gesellschaft für alle zu machen, schlagen wir von der Perspektivengruppe drei Strategien vor:

Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit. Wir plädieren für die Einführung des Kombilohnmodells.

Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit alimentieren

Sozialhilfe und die Abhängigkeit von anderen staatlichen Ersatzlohnleistungen dürfen nicht zu einem Lebensstil werden. Es wurden zahlreiche Vorschläge vorgelegt, um die Zahl der Empfänger staatlicher Leistungen zu verringern. Zu den wichtigsten gehört einmal das *Kombilohnmodell*, in dem der Staat einen Zuschuss zu dem vom Arbeitgeber gezahlten Lohn bezahlt. Dieses Modell beruht auf zwei Grundgedanken: Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit. Und: Menschen, die arbeiten und trotzdem arm sind, also „Working Poor“ wie in den Vereinigten Staaten, soll es in Österreich nicht geben. Ein anderer wichtiger Schritt in diese Richtung (Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu unterstützen) besteht in der *Senkung der Lohnnebenkosten*. So könnte der Staat bei den niedrigen Einkommen die Sozialversicherungsbeiträge übernehmen. Dadurch fallen – ganz im Sinne der Senkung der Lohnnebenkosten – für den Arbeitgeber weniger Kosten an und es bleibt für die Arbeitnehmerin und den Arbeitnehmer mehr übrig.

Das Modell der Flexicurity soll auch für Österreich Leitmotiv sein.

Eine neue Kombination von Flexibilität und Sicherheit

Der Wunsch nach mehr Sicherheit ist so legitim wie der Wunsch nach mehr Flexibilität. Die Arbeitswelt von morgen braucht beides. Das Modell der „Flexicurity“ soll auch für Österreich ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Leitmotiv sein, nämlich auf die flexiblen Anforderungen der Unternehmen mit dem Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu reagieren. Kernpunkte sind eine dezentrale Arbeitsvermittlung und der Konsens über die wechselseitigen Pflichten: Der Staat hat die Pflicht, jedem zu helfen (vermitteln, qualifizieren). Der „Arbeitslose“ hat die Pflicht, aktiv und konstruktiv mitzuwirken. Es gibt im System der „Flexicurity“ keine Arbeitslosen, sondern nur Arbeit Suchende.

**Arbeitslosigkeit
ist mehr
als der Verlust
von Arbeit.
Arbeit muss
mehr als
Beschäftigung
sein.**

Mehr Arbeit durch bessere Qualifikation und lebenslanges Lernen

Jeder zweite Arbeitslose hat weder Schul- noch Lehrabschluss. Während auf der einen Seite am Arbeitsmarkt ein Überangebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften herrscht, besteht auf der anderen Seite ein Mangel an Facharbeiterinnen und Facharbeitern. Vorhandene und nachgefragte Qualifikationen klaffen auseinander. Wer mehr Arbeit schaffen will, muss diese Lücke schließen. Dazu muss dafür gesorgt werden, dass neben einer guten Schulausbildung auch ausreichende Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Bildungsvorsorge: Sicherheit und Perspektive durch lebenslanges Lernen

Je schneller sich die Arbeitswelt verändert, desto wichtiger wird die Aus- und Weiterbildung. Ausbildung endet nicht mit der Schule oder der Lehrzeit. Lebenslanges Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich auch als Erwachsene eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen (Bildungskarenz), um in dieser Zeit für sich neue Kompetenzen zu erwerben. Es fehlen die Begriffe, um das Neue deutlich zu machen. Es geht nicht nur um eine „Weiter“-Bildung, bei der so nebenbei auf einen festen Stock von Kompetenzen noch etwas dazu kommt. Es geht zum einen darum, dass in einer konzentrierten Aktion von Staat, Sozialpartnern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch im Erwachsenenalter Zeiten, Ressourcen, Räume und Personal frei werden, damit Menschen in der Mitte ihres Lebens neue Kompetenzen erwerben. Und es geht zum anderen darum, die Bildungsphase von der Jugendphase teilweise zu entkoppeln, die Bildungs- und Finanzierungsverantwortung des Staates nicht an ein bestimmtes Alter zu binden. So wie einstmal mit der allgemeinen Schulpflicht der Staat die Bildung der Kinder und Jugendlichen aus den Händen der Feudalherren genommen und damit eine neue Entwicklung für die Menschen und für das ganze Land eingeläutet hatte, so ist es jetzt an der Zeit, unter der Moderation des Staates eine neue Epoche der Bildung und des Lernens einzuläutern, die den Menschen neue Chancen, neue Sicherheit, neue Perspektiven in einer veränderten Arbeitsgesellschaft geben wird.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich auch als Erwachsene eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen (Bildungskarenz).

In der Perspektivengruppe haben wir verschiedene Wege zu diesem Ziel diskutiert. Beim Modell der *Zeitwertkonten* lassen sich die Beschäftigten gewisse Ansprüche (z. B. Überstundenzuschläge) nicht auszahlen, sondern sie sparen sie in Form von „freier Zeit“ an, die dann nicht nur für „vorgezogene Pensionen“ oder für die Kinderbetreuung, sondern auch für die Fort- und Weiterbildung nutzbar gemacht werden kann. Eine Flexibilisierung der Erwerbsarbeit kann mehr Freiräume im Lebensverlauf schaffen, z. B. mehr Zeit für Weiterbildung, Familie oder auch mehr Zeit für den Hausbau. *Bildungsschecks* könnten lebensbegleitend ausgegeben werden, um lebenslanges Lernen zu forcieren. *Bildungsbausparen* soll nicht für Wohnen oder Bildung, sondern für Wohnen *und* Bildung möglich sein. Denkbar ist auch ein *Weiterbildungs-Sparen* über eine Bildungskassa, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einbezahlen und die steuerlich gefördert wird. Die Perspektivengruppe spricht sich für neue Finanzierungsinstrumente aus, die subjektbezogen und leicht zugänglich sein sollten.

Bildungsschecks könnten lebensbegleitend ausgegeben werden, um lebenslanges Lernen zu forcieren.

Der Grundgedanke ist einfach und immer derselbe: Für das Leben des Einzelnen, seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit auch seine soziale Sicherheit auf der einen Seite und für den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes ist es von zentraler Bedeutung, dass auch erwachsene Menschen neue Kompetenzen erwerben können. Bisher war es die Regel, dass Weiterbildungsmaßnahmen ge-griffen haben, *nachdem* die Menschen arbeitslos geworden sind. Die Perspektivengruppe dagegen schlägt vor, dass der Erwerb neuer Kompetenzen einsetzt, *bevor* die Menschen arbeitslos werden. Aus anderen Bereichen (Bausparen) liegen Erfahrungen vor, wie Ressourcen (Zeit, Geld) angespart werden können, bevor sie „gebraucht“ werden und rückbezahlt werden, nachdem sie längst genutzt sind. Früher war es wichtig, ein Dach über dem Kopf zu haben und deshalb in Steine zu investieren. Heute und morgen ist es wichtig, immer wieder neues Wissen im Kopf zu haben und deshalb in Kompetenzen zu investieren – nach dem Motto: *Brains not Bricks*.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen, Eigentum für alle ermöglichen

Das österreichische Modell der Arbeitsbeziehungen ist stets einen dritten Weg gegangen zwischen Kapitalismus und Sozialismus – und damit gut gefahren. Wir schlagen vor, dieses Modell durch geeignete Formen der Mitarbeiterbeteiligung weiter zu entwickeln. Das *eine* Modell, das für alle passt, gibt es nicht. Mitarbeiterbeteiligung kann sowohl als Kapitalbeteiligung als auch als Gewinnbeteiligung ausgestaltet werden. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die Arbeitnehmer – freiwillig – Anteile an einem Wachstumsfonds erwerben, die als Kapital ins Unternehmen fließen. Das Geld wird dafür verwendet, Unternehmen mit Eigenkapital auszustatten. Die Firmen führen die Zinsen wiederum an den Fonds ab, der den Gewinn ausschüttet. Je mehr Betriebe sich an dem Fonds beteiligen, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeitnehmer durch eine Firmenpleite ihr Geld verlieren. Um die Beteiligung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv zu machen, müssen Steuerbegünstigungen vorgesehen werden. Bürokratische und zentralistische Modelle lehnen wir ab. Der Gedanke der Subsidiarität gibt betrieblichen und regionalen Lösungen den Vorrang.

Wir wollen Chancen für alle, Arbeit und Eigentum für jeden Menschen. Eigentum darf nicht ein Privileg nur weniger sein.

Wir wollen Chancen für alle, Arbeit und Eigentum für jeden Menschen. Eigentum darf nicht ein Privileg nur weniger sein. Das Management ist bereits jetzt in vielen Fällen unmittelbar am Unternehmenserfolg beteiligt. Wir wollen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Möglichkeit eröffnen. Wohlstand kommt von Arbeit. Die Perspektivengruppe schlägt der Volkspartei vor, gemeinsam mit den Sozialpartnern nach neuen Wegen zu suchen, den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher direkt am Erfolg und am Kapital der Unternehmen zu beteiligen.

Eigentum zu haben bedeutet auch, Verantwortung dafür zu übernehmen.

Eigentumschancen für alle zu schaffen, ist für uns eine Frage von sehr grundsätzlicher Bedeutung. Dabei geht es auch, aber nicht nur um zusätzliche Einkommensquellen. Eigentum ist auch mehr als ein sichtbares Zeichen dafür, dass man im Leben etwas geleistet und Erfolg gehabt hat. Eigentum für alle und die Beteiligung aller an Gewinn und Kapital schafft mehr Gerechtigkeit, bringt mehr Freiheit und mehr Möglichkeiten und gibt mehr Sicherheit für spätere Zeiten, für einen selbst wie für die ganze Familie. Eigentum zu haben bedeutet aber auch, Verantwortung dafür zu übernehmen. Das wird oft übersehen, denken wir nur an den Erhalt der Bau- und Kultursubstanz, an die Pflege von Grund und Boden, an die Verantwortung der Waldeigentümer. Eigentum strukturiert die Gesellschaft, stärkt die Mitte gegenüber totalitären Versuchungen und schafft die Grundlage für Solidarität. Es ist kein Zufall, dass es bisher eine freie und solidarische Gesellschaft ohne privates Eigentum noch nicht gegeben hat.

Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der arbeitenden Menschen.

Der Wandel der Familien- und der Arbeitswelt verunsichert viele Menschen. Sie suchen Sicherheit und Geborgenheit in den vertrauten Formen, und darin drückt sich auch eine wichtige Wahrheit aus. Familie und Arbeit haben das Leben der Menschen geprägt, strukturiert und ihm Sinn und Orientierung gegeben. Das wird auch in Zukunft so sein, aber auf eine andere Weise. Unsere nachhaltige Familienpolitik will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen auch unter veränderten Bedingungen Familie und Kinder in ihr Leben integrieren können. Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der Familien. Unsere Arbeits- und Vollbeschäftigungspolitik schafft die Voraussetzungen, dass auch in Zukunft alle Arbeit finden und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die geforderte Flexibilität nicht als Gefahr, sondern als Chance erleben. Die Volkspartei ist und bleibt die Partei der arbeitenden Menschen.

Wirtschaft in einem globalisierten Umfeld

Leben und Arbeit verändern sich. Die Globalisierung ist nur eine der Ursachen, aber eine wichtige; Digitalisierung, Migration, das neue Selbstverständnis der Frauen und nicht zuletzt das Wissen als wichtigste Ressource sind andere Ursachen für den Wandel der Welt. Dieser Wandel wird von vielen als Bedrohung erlebt – und die Globalisierung als der eigentliche Sündenbock.

Die Globalisierung als Chance und Aufgabe

Wir von der Perspektivengruppe nehmen die Ängste und Sorgen ernst. Die Globalisierung zwingt zu Reformen. Sie wirft neue soziale Fragen auf. Weltweit stellt sich die Frage nach einer internationalen Ordnung, die den *globalen* Kapitalismus auf eine ähnlich erfolgreiche Weise zähmt, so wie es im 19. und 20. Jahrhundert gelungen ist, den Kapitalismus durch den Sozialstaat, die Sozialpartnerschaft und die Soziale Marktwirtschaft zu zähmen. Es duldet keinen Zweifel: Es gibt eine globale soziale Frage. Dennoch sind wir davon überzeugt, die Globalisierung bringt gerade für Österreich mehr Vorteile als Nachteile. Ein starker Sozialstaat setzt eine starke Wirtschaft voraus. Das war so am Beginn der Industriegesellschaft und das bleibt so am Beginn der globalen Wirtschaft: Wertschöpfung und Wachstum sind die unverzichtbare Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit gedeihen jedoch nur in einer wettbewerbs- und leistungsorientierten Wirtschafts- und Sozialordnung.

Der Globalisierungsprozess verändert Strukturen, mobilisiert Wachstumskräfte und bietet vor allem den Entwicklungs- und Schwellenländern neue Chancen für mehr Wachstum, Wohlstand, Arbeit und Einkommen. Die der Globalisierung inhärente Dynamik und Mobilität verändert die weltwirtschaftliche Landkarte.

Der Global Marshall Plan als Grundlage für eine ökosoziale Weltwirtschaft

Doch Globalisierung passiert nicht einfach, sie ist gestaltbar. Wir wollen die Globalisierung gerechter und nachhaltiger gestalten und verhindern, dass hinter dem Rücken der Globalisierung wichtige soziale, ökologische und menschenrechtliche Aspekte weltweit zu kurz kommen. Als einen Weg zu diesem Ziel greifen wir die Idee des Global Marshall Plans auf: Dieser globale, Nord und Süd verpflichtende Entwicklungsplan soll gewährleisten, dass die Globalisierung allen nützt. Der „Norden“ ist in der Pflicht, für faire Entwicklungschancen durch Entwicklungspartnerschaft sowie für eine umfangreichere und effektivere Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu sorgen. Zur Mittelaufbringung muss Österreich seine auf UN- und EU-Ebene eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und sich auf supranationaler Ebene intensiv für Abgaben auf Finanztransaktionen bzw. Steuern auf Kerosin und Schifffahrtstreibstoff einsetzen, um mehr finanzielle Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Wir treten für die Einführung einer europa- und weltweiten Devisentransaktionssteuer (sog. „Tobin-Tax“) ein. Der „Süden“ soll im Gegenzug dafür gewonnen werden, soziale und ökologische Mindeststandards einzuführen, um am Weltmarkt Sozial- und Ökodumping zu verhindern. Gemeinsames Ziel muss eine nachhaltige und faire globale Wirtschaftspolitik sein, im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards. Wir von der Perspektivengruppe sehen im Global Marshall Plan ein geeignetes Instrument, um die Globalisierung positiv zu gestalten und unterstützen deshalb diese Initiative ausdrücklich.

Die Globalisierung hat aus der Welt inzwischen einen einzigen Wirtschaftsraum gemacht und eröffnet den Unternehmen ein größeres Nachfragepotenzial. Dadurch wurde auch die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft stark vorangetrieben – der Export war in den letzten zehn Jahren unser Wachstumsmotor. Größere Absatzvolumina und ein einfacherer und

Wir treten für die Einführung einer europa- und weltweiten Devisentransaktionssteuer (sog. „Tobin-Tax“) ein.

Gemeinsames Ziel muss eine nachhaltige und faire globale Wirtschaftspolitik sein, mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards.

rascherer Zugang zu kostengünstigen Produktionsfaktoren bringen den Unternehmen Kostensenkungspotenziale. Nutznießer sind dabei neben der erfolgreichen internationalen Industrie auch Österreichs Klein- und Mittelbetriebe, von denen fast 70 % ihre Geschäftslage derzeit als gut bis sehr gut bezeichnen. Gleichzeitig investieren unsere Unternehmen wie nie zuvor im Ausland und sichern dadurch auch Arbeitsplätze im Inland.

Österreich ist nach Luxemburg, Irland und den Niederlanden das viertreichste Land Europas. Die heimische Wirtschaft wächst konstant deutlich rascher als die des Euro-Raumes. Die Arbeitslosenquote ist rückläufig, Österreich liegt weit unter dem EU-Durchschnitt. Diese hervorragende wirtschaftliche Entwicklung und die gute Beschäftigungssituation sind Ergebnisse der klugen Reformen der letzten Jahre. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum nachhaltig sichern zu können, bedarf es auch künftig einer offensiven Standortpolitik mit weiteren, langfristig angelegten Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.

Wir setzen besonders auf den Mittelstand. Es ist die Vielfalt, aus der die Stärke unserer Volkswirtschaft wächst.

Wir setzen besonders auf den Mittelstand. Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aufgabe des Staates ist es, kleine und mittlere Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Es ist die Vielfalt, aus der die Stärke unserer Volkswirtschaft wächst.

In unserer globalisierten Wirtschaftswelt ist kein Platz für nicht-marktkonforme Politik und Strukturkonservierung. Eine Behinderung des strukturellen Wandels signalisiert nur falsche Sicherheit und verschiebt die Probleme in die Zukunft. Reformen sind kein Selbstzweck. Wir wollen, dass Österreich auch morgen wirtschaftlich und sozial stark bleibt. Die Globalisierung stellt auch die Sozialpartner vor neue Aufgaben.

Eine starke Wirtschaft braucht einen verlässlichen Staat

Wir von der Perspektivengruppe betonen, was die Väter der Sozialen Marktwirtschaft immer gewusst haben: Eine starke Wirtschaft braucht einen verlässlichen Staat, der den Wettbewerb und die auf Freiheit basierende Ordnung sichert und die innere, die äußere und die soziale Sicherheit gewährleistet. Ein starker und verlässlicher Staat ist nicht zu verwechseln mit einem allzuständigen Staat: aufgedunsen, aber träge wie ein kastrierter Kater. Wir stehen für einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, diese dann aber auch kraftvoll wahrnimmt. Und wir wissen auch, dass gerade in Zeiten der Globalisierung Unsicherheit empfunden wird und daher die Erwartung an den Staat da ist, rechtzeitig Leitplanken einzuziehen, Sicherheit zu schaffen und wenn notwendig, zu regulieren. Für uns ist eine gute Wirtschaftspolitik in erster Linie Garant für eine erfolgreiche Arbeitsplatzpolitik. Sozial ist, was Arbeit schafft.

Sozial ist, was Arbeit schafft.

Wir wollen einen starken, aber schlanken öffentlichen Sektor, der unternehmerisch und kundenorientiert agiert und bei der Erfüllung seiner Aufgaben Marktlösungen den Vorrang vor staatlichen Lösungen gibt. Damit schaffen wir die Basis für eine deutliche Entlastung des Mittelstandes und der Leistungsträger bei Steuern und Abgaben. Daneben ist das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit durch Anreizsysteme bzw. Schaffung von Kostenwahrheit ökonomisch attraktiv zu machen. Ein verlässlicher Staat ist ein Leistungsstaat, der in der Lage ist, für Bürgerinnen und Bürger unverzichtbare Leistungen bereitzustellen, ohne zu bevormunden. Ihm gegenüber steht die Verantwortungsgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen können, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen.

Wir wollen die richtige Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Eine Ökonomisierung der Gesellschaft, d.h. eine Unterordnung des gesamten politischen und persönlichen Lebens unter den Primat der Ökonomie, lehnen wir ab. Es gibt Dinge, die haben einen Wert, aber keinen Preis. Aber auch das staatliche Handeln hat seine Grenzen.

Subsidiarität und Eigenverantwortung in der Wirtschaftspartnerschaft müssen gestärkt werden. Die Entwicklung der Industriegesellschaft und der Gewerkschaften haben sich gegenseitig bedingt.

Ökonomischer Erfolg und soziale Absicherung waren das von allen anerkannte Ergebnis. Die Änderungen der Arbeitswelt, die möglich gewordene Flexibilisierung und Internationalisierung machen auch andere Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern notwendig. Vereinbarungen, die früher für ganze Branchen sinnvoll waren, etwa im Rahmen von Kollektivverträgen, können bereits jetzt besser in Betrieben in gegenseitiger Verantwortung getroffen werden. Aus einem erfolgreichen Instrument ist in der Zwischenzeit eine Bevormundung, eine überholte Zwangsverpflichtung der Gewerkschaften über die Köpfe der Betroffenen hinweg, geworden. Ziel ist eine Verlagerung kollektivvertraglicher Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene, das ist dort, wo gegenseitige Verantwortung täglich gelebt wird. Als Beitrag zu einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik fordern wir die Senkung der Arbeiterkammerumlage nach dem Modell der Wirtschaftskammer (freiwillige Senkung der Beiträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Serviceleistung).

Wir wollen eine Verlagerung kollektivvertraglicher Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene. Das ist dort, wo gegenseitige Verantwortung täglich gelebt wird.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist das Gebot der Stunde. So genannte Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), nationale wie internationale Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen sowie die gesamte Landschaft der Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine gute Entwicklung in Österreich und der gesamten Welt. Wir brauchen deshalb gerade auch die Arbeit der NGOs. Wir fordern die global operierenden Unternehmen dazu auf, ihren Beitrag für eine soziale und friedliche Entwicklung, für mehr Bildung und Gesundheit in der Welt zu leisten – und sei es aus aufgeklärtem Eigeninteresse. Auf Dauer werden auch die Geschäfte in einer sozial verwüsteten Landschaft nicht blühen. Multinationale Unternehmen sind immer auch multilokale Unternehmen: Sie haben eine Verantwortung für die Entwicklung der lokalen Gesellschaft, in der sie tätig sind. Das unternehmerische Handeln muss auch ethisch vertretbar sein.

**Auch für
die Welt der
Wirtschaft gilt:
Zahlen ohne
Werte sind Null.**

Ziele und Werte unserer Wirtschaftspolitik

Unser Ziel ist eine offensive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die durch zeitgerechte Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen die Chancen der Globalisierung für Österreich bestmöglich nutzt und die Gefahren für die Einzelnen minimiert. Forciertes Wachstum auf der Basis von Wettbewerbs- und Leistungsorientierung schafft wirtschaftlich sichere Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

Unsere konkreten Ziele sind:

- Steigerung von Motivation, Kreativität und Leistungsbereitschaft des Mittelstandes (Facharbeiter, Angestellte, Freiberufler, Jungunternehmer und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)) durch eine umfassende steuerliche Entlastung und eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuersystems, insbesondere durch eine rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen;
- Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von Unternehmertum und unternehmerischem Risiko;
- Stärkung des Kapitalmarktes und innovativer Finanzierungsinstrumente für die Risikofinanzierung;
- Solidarität und soziale Absicherung durch eine auf Aktivierung, Qualifizierung und Flexibilisierung ausgerichtete Sozial- und Beschäftigungspolitik;
- flexible, auch subjektorientierte Förderung der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Chancengleichheit und zur Mobilisierung des Potenzials an weiblichen Arbeitskräften;
- Senkung der Staatsquote durch Effizienzsteigerung, Sparsamkeit, Forcierung von Marktlösungen, Privatisierung und Abbau von Bürokratie;
- Stärkung und Vertiefung der Europäischen Union zur Sicherung des Wohlstandes und des europäischen Lebensmodells im kontinentalen Wettbewerb;
- systematische Integration des ökologischen Prinzips der Nachhaltigkeit in das Wirtschaftsleben und Nutzung der wirtschaftlichen Chancen der Umwelttechnologien;
- höchster Standard bei Bildung, Telekommunikation, Infrastruktur und Energieversorgung als wesentliche Standortfaktoren.

Diese offensive Wirtschaftspolitik steht auf einem verlässlichen Wertefundament und orientiert sich an folgenden Prinzipien:

- Seriöses Wirtschaften und Finanzieren als wichtige Dimension der unternehmerischen Verantwortung;
- Leistung und Eigenverantwortung als Grundlage für Freiheit und Wohlstand;
- Solidarität auf der Basis von Eigenverantwortlichkeit;
- Wettbewerb als Motor von Leistung, Innovation und Wachstum;
- Schutz des individuellen, breit gestreuten Eigentums;
- Veränderungs- und Innovationsbereitschaft als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg;
- Rücksicht auf ökologische und soziale Aspekte im Sinne des Leitbildes der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Strategische Optionen für die österreichische Wirtschaft

Um diese Ziele zu erreichen und diese Werte optimal zu verwirklichen, schlagen wir in der Perspektivengruppe folgende strategische Optionen vor:

Unternehmertum forcieren – Finanzierung erleichtern

Die Wirtschaft braucht ein positives gesellschaftliches Klima. Für das Gelingen der bis 2015 anstehenden 50.000 Betriebsübergaben bedarf es deshalb neben einer offensiven Standortpolitik

Forciertes Wachstum auf der Basis von Wettbewerbs- und Leistungsorientierung schafft wirtschaftlich sichere Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

Umfassende Entlastung. Vereinheitlichung. Vereinfachung. Das müssen die Ziele der Steuerpolitik sein.

Die rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen ist ein wichtiger Schritt.

mit gezielten Einzelmaßnahmen (z.B. Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Kreditvertragsgebühren etc.) auch einer Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von unternehmerischer Tätigkeit. Dazu gehört auch die Entstigmatisierung des redlichen unternehmerischen Scheiterns.

In der Gründungs- sowie in Wachstumsphasen brauchen erfolgreiche, wettbewerbsfähige Unternehmen ausreichend Finanzmittel, um ihre Geschäftsideen rasch und gezielt verwirklichen zu können. Anzustreben ist eine Finanzierungskultur, die den Unternehmen den Zugang zu adäquaten Eigenkapitalinstrumenten erleichtert, um risikoreiche Innovations-, Investitions-, Expansions- und Internationalisierungsvorhaben zu unterstützen und dadurch Wachstum zu ermöglichen. Dafür benötigen wir eine Stärkung des heimischen Kapitalmarktes, etwa durch neue Ansätze bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung oder der Förderung von weiteren Börsegängen und innovative Eigenkapitalinstrumente, wie etwa neue Fondsstrukturen für Wagniskapital, um die Internationalisierung voranzutreiben.

Wir wollen die Förderung des gesellschaftlichen Ansehens von unternehmerischer Tätigkeit.

Internationalisierung fördern

Noch nie haben österreichische Unternehmen so viel im Ausland investiert wie derzeit. Unsere Auslandsinvestitionen haben im Jahre 2003 erstmals den Wert der ausländischen Investitionen in Österreich übertroffen. Trotz aller Erfolge der jüngsten Zeit dürfen wir jedoch nicht übersehen, dass wir uns in diesem Zusammenhang im internationalen Vergleich in einem Aufholprozess befinden, den es weiter zu forcieren gilt.

Die Internationalisierung unserer Wirtschaft schafft Arbeitsplätze: Für einen Arbeitsplatz, der durch heimische Unternehmen im Zeitraum von 2000 bis 2005 in einem Niedriglohnland entstanden ist, schufen dieselben Unternehmen im Durchschnitt 2,5 neue Arbeitsplätze in Österreich. Wir wollen diese Entwicklung durch eine Internationalisierungsoffensive weiter vorantreiben und so Österreichs Attraktivität als Investitionsstandort für internationale Unternehmen stärken. Wir wollen einen Verhaltenskodex für österreichische Unternehmen im Ausland.

Die Internationalisierung unserer Wirtschaft schafft Arbeitsplätze.

Innovationskraft stärken

Wir müssen nicht nur neue, weiter entfernte Zukunftsmärkte erobern, sondern auch neue Zukunftstechnologien unterstützen. Unsere Innovationskraft ist die entscheidende Zukunftsversicherung im globalen Wettbewerb.

Wir wollen Österreich als attraktiven Forschungsstandort an die Spitze führen. Dazu braucht es verstärkte öffentliche Anreize für private Forschungsmittel und eine Intensivierung der Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Eine besondere Entwicklung für unsere Innovationskraft stellen die umweltpolitischen Herausforderungen dar. Oberstes Gebot ist dabei die Steigerung der Effizienz beim Verbrauch von Ressourcen und dadurch eine Minimierung der Umweltbelastung. Wir sehen in dieser Herausforderung eine Wachstumschance für unsere Volkswirtschaft. Dazu bedarf es aber forcierter Anstrengungen in der Entwicklung von alternativen Energieträgern bzw. deren Einsatzmöglichkeiten hin zur Marktreife sowie Anreize zu einem sparsamen Verbrauch von Energie. Der kürzlich beschlossene Klima- und Energiefonds ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Staatsquote senken – Steuerbelastung reduzieren

Wir wollen eine konsequente Staatsreform mit einer systematischen Entflechtung und Bündelung von Aufgaben zwischen den verschiedenen Ebenen der Verwaltung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit einheitlichen Regelungen. Im Haushaltswesen soll die bestehende

Kameralistik so rasch als möglich um Bilanzierungsaspekte ergänzt werden. Mittelfristig muss die Staatsquote auf unter 40 % sinken. Der Grundsatz muss lauten: Weniger Geld dem Staat, mehr Geld den Menschen.

Weniger Geld
dem Staat,
mehr Geld
den Menschen.

Die erzielten Einsparungen sind spätestens 2010 in eine signifikante steuerliche Entlastung der Leistungsträgerinnen und Leistungsträger des Mittelstandes zu investieren, um dieser wichtigen Zielgruppe verstärkte Leistungsanreize zu bieten. Dies erreichen wir durch eine Senkung des Höchststeuersatzes und eine Abflachung der Tarifkurve. Gleichzeitig ist das Steuersystem im Rahmen einer umfassenden Reform radikal zu vereinfachen. Ein wichtiges Projekt stellt die Entlastung der Arbeitskosten von Lohnnebenkosten durch eine systematische Umstellung der Beitragsgrundlagen in der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze dar. Das System der Höchstbeitragsgrundlagen soll beibehalten werden.

Arbeitskräftepotenzial mobilisieren

Ab 2015 wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bei uns merklich sinken. Das hätte negative Folgen für das Wachstum und für die Finanzierung der Sozialsysteme. Wir müssen deshalb verstärkte Anstrengungen zur Mobilisierung unserer Arbeitskräftepotenziale unternehmen. Dazu gehört eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Senkung der Diskriminierung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt.

Ungeachtet aller Strukturdiskussionen ist die Stärke des österreichischen Bildungswesens, das berufsbildende Schulwesen und die duale Lehrlingsausbildung, weiter zu stärken, d. h. beispielsweise ganz konkret: mit der Meisterausbildung an die Universität oder Fachhochschule. Generell soll es keinen Abschluss ohne Anschluss geben.

Alle Mobilisierungsmaßnahmen auf dem heimischen Markt werden aber nicht ausreichen, die drohende Wachstumsbremse durch Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Deshalb brauchen wir eine rechtzeitige Öffnung des Arbeitsmarktes innerhalb der EU, weiters ein Migrationsmodell für qualifizierten Zuzug nach den Beispielen von Kanada oder Australien. Zuwanderung allein kann die Probleme nicht lösen. Ohne gesteuerte und qualitative Zuwanderung werden sie sich jedoch verschärfen.

Zuwanderung allein
kann die Probleme
nicht lösen.
Ohne gesteuerte
und qualitative
Zuwanderung
werden sie sich
jedoch verschärfen.

Infrastruktur und Energieversorgung

Die Energiepolitik wird zu einem Schlüsselfeld der Wirtschaftspolitik. Für Österreichs Wirtschaft ist wichtig, dass die Kostenbelastungen durch den Faktor Energie nicht die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die Energiebereitstellung ist eine der wesentlichen strategischen Fragen der Zukunft. Um die Kosten zu dämpfen und die Versorgungssicherheit entscheidend zu verbessern, ist das Ziel, möglichst viele Regionen Österreichs in Richtung Energieautarkie zu entwickeln.

Für den weiteren Ausbau von heimischen Erzeugungs- und Übertragungskapazitäten bedarf es einer Vereinfachung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dasselbe gilt auch für die dringend erforderliche Verbesserung der Infrastruktur für den Verkehr und die Kommunikation.

Sichergestellt muss sein, dass der Staat im Bereich der Daseinsvorsorge – insbesondere Wasserversorgung, Energiebereitstellung, Verkehrsinfrastruktur – seine Verantwortung auch in Zukunft wahrnimmt. Im Gegensatz zum Eigentum an der Infrastruktur hat der Staat beim Betrieb der Anlagen auf kooperative privatwirtschaftliche Modelle zu setzen. Es geht um bestmögliche Leistung zu leistbaren Kosten für die Bevölkerung und die Unternehmen. Daher ist auch die Zukunft des größten Verkehrsunternehmens Österreichs, der ÖBB, unter diesem Gesichtspunkt zu diskutieren. Die Bereitstellung des Schienennetzes und die Festlegung des

Umfangs des Busnetzes ist in erster Linie staatliche Aufgabe. Der Personen- und Güterverkehr sollte stärker als bisher mit privater Beteiligung abgewickelt werden. Genauso wie die ÖBB mit Lastkraftwagen das Straßennetz befahren, sollten private Frächter und Autobusunternehmer das Schienennetz der ÖBB benutzen können.

Darüber hinaus gibt es strategische Bereiche in der Wirtschaft, in denen der Staat Beteiligungen und damit Steuerungsmöglichkeiten unbedingt halten bzw. erwerben sollte. Dazu gehören z. B. die Energieversorgung, strategische Industrie- und Kapitalbeteiligungen. Bei natürlichen Ressourcen, wie z. B. Wald, Quellen oder Seen, sollte der Staat uneingeschränkt Eigentümer bleiben.

Kreative Ökonomie fördern

Wie sich Arbeit und Wirtschaft entwickeln, hängt nicht nur von ökonomischen Faktoren ab. In einer Weltwirtschaft, in der Wissen die zentrale Rolle spielt und die besten Köpfe sehr mobil sind, kommt es nicht nur auf den Standort im engen Sinne an, sondern auf das kreative Kapital in den Köpfen, das in einer Region vorhanden ist oder nicht.

Die Unternehmen gehen in Zukunft dorthin, wo die Kreativen sind. In der Kreativen Ökonomie folgen die Unternehmen den Talenten und diese bevorzugen Orte und Regionen, in denen sie mit ihren Familien gut leben und arbeiten können und willkommen sind.

Österreich hat erst vor kurzem angefangen, gezielt Hochqualifizierte aus dem Ausland für den Arbeitsmarkt anzuwerben. Wir müssen für diese Gruppe attraktiver werden. Um Talente und ihr innovatives Potenzial anzulocken und zu halten, kommt es mehr denn je auf die „weichen“ Standortfaktoren an, eine Kultur der Offenheit gegenüber Minderheiten, eine kulturelle Vielfalt in den Städten und Regionen, lebenswerte urbane und ländliche Räume. Österreich hat alle Voraussetzungen, ein attraktives Land für die Kreative Ökonomie zu werden.

Eine gute und nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn die scheinbar nicht-ökonomischen Dimensionen der Ökonomie wie Familie und Bildung, kreative Phantasie und soziale und ökologische Rücksicht zu ihrem eigenen Recht kommen. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck und kein abgeschotteter Bereich. Aber ohne eine starke Wirtschaft sind viele andere Werte und Ziele, die uns wichtig sind, nicht zu halten. Das gilt nicht zuletzt für den Sozialstaat. Er ist eine kulturelle Leistung, auf die wir stolz sind und beruht doch auf ökonomischen Voraussetzungen, die wir immer wieder neu schaffen müssen. Wir wollen den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln, um ihn für die Zukunft wetterfest zu machen. Und wir wollen aus humanen, sozialen, aber auch wirtschaftlichen Gründen eine Integrationskultur schaffen, die unser Land voran bringt.

Es geht um bestmögliche Leistung zu leistbaren Kosten für die Bevölkerung und die Unternehmen.

Österreich hat alle Voraussetzungen, ein attraktives Land für die Kreative Ökonomie zu werden.

Integration - Toleranz und wehrhafte Demokratie

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist in allen entwickelten Industriegesellschaften eine notwendige, aber schwierige Aufgabe. In Österreich leben rund 815.000 Personen mit ausländischem Pass, das sind 9,8% unserer Bevölkerung. Wenn wir die Zahl jener Menschen in Österreich betrachten, die im Ausland geboren sind, so sind das rund eine Million Menschen. Viele von ihnen sind sehr gut integriert. Wir müssen uns aber auch der Tatsache stellen, dass sich das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen nicht stets harmonisch und konfliktfrei gestaltet. Dennoch gilt es, die kulturelle Identität unseres Landes zu verteidigen. Die Perspektivengruppe wendet sich gegen alle Versuche, dieses Thema populistisch auszubeuten oder es naiv zu verharmlosen.

Die Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten in gegenseitigem Respekt mitwirken und ihren Beitrag leisten.

Nach unserer Meinung kommt es vor allem auf folgende Punkte an:

- Die Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten in gegenseitigem Respekt mitwirken und ihren Beitrag leisten;
- Integration erfordert Verständigung, und Verständigung erfordert die deutsche Sprache;
- es gibt Regeln, die nicht verhandelbar sind. Jeder Bürger muss die für uns alle verbindlichen kulturellen Grundregeln und die Grundlagen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen: Demokratie und Rechtsstaat, Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, Gleichheit der Geschlechter;
- Integration bedeutet nicht kulturelle Selbstaufgabe, und Toleranz bedeutet nicht Relativierung. Wir bekennen uns zu Integration und Toleranz ebenso wie zu den Grundsätzen einer Demokratie, die zu ihren Werten steht und diese auch verteidigt.

So schwierig sich Integration konkret gestalten mag: Wir sehen die Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Problem, sondern als Potenzial für unser Land. Aus menschlichen wie aus wirtschaftlichen Gründen ist es recht und billig und vernünftig, sie in Bildung, Arbeit und Teilhabe einzugliedern und nicht auszugrenzen. Keine Toleranz verdienen jene, woher sie auch kommen, die Recht und Ordnung aufkündigen, zu Gewalt aufrufen oder Gewalt anwenden. Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz sind nicht die geeigneten Mittel im Umgang mit jenen, die sich ihrerseits respektlos, rücksichtslos und intolerant verhalten. In diesem Sinne müssen straffällig gewordene Ausländerinnen und Ausländer, die in österreichischen Gefängnissen Haftstrafen abbüßen, spätestens mit Ende ihrer Haftstrafe in ihr Heimatland überstellt worden sein. Entsprechende bilaterale Justizabkommen sind daher abzuschließen.

Unser Modell beruht deshalb auf drei Säulen:

- Wir geben Asyl allen, die einen berechtigten Anspruch auf Asyl haben;
- aber es gibt Null-Toleranz bei Asyl-Missbrauch, Kriminalität und Verletzung unserer demokratischen Grundwerte;
- wir entscheiden mit einer „Österreich-Card“ nach Bedarf und Qualifizierung, wer nach Österreich kommt.

Im Bereich der mit Österreicherinnen und Österreichern Verheirateten gibt es Handlungsbedarf. Diese Personen sollten einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Integration. Finanziell auf eigenen Füßen zu stehen ist jedenfalls besser als eine Finanzierung durch diverse Beihilfen. Das kann aber nicht als Freibrief für Scheinehen verstanden werden.

Integration bedingt den Erwerb der deutschen Sprache und eine entsprechende Bildung und Ausbildung. Für Kinder ist das im Bildungssystem vorgesehen, für Erwachsene sind entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten mit Anrechnung zu eröffnen, um eine volle Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Dies unterstützt den österreichischen Wirtschaftskurs und minimiert die Kosten durch eine Senkung der Arbeitslosenquote. Integration muss sich auf Frauen und Männer gleichermaßen beziehen.

Integration bedingt den Erwerb der deutschen Sprache und eine entsprechende Bildung und Ausbildung.

Damit die Integration im Einzelfall gelingen kann, brauchen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gemeinden vor Ort Unterstützung, um die vielfältigen sozialen, kulturellen, bildungsrelevanten und wirtschaftlichen Probleme zu meistern.

Zum gegenseitigen besseren Verständnis und der Vermittlung grundlegender europäischer Wertvorstellungen regen wir an, neben dem Religionsunterricht an den Schulen einen gemeinsamen Ethik-Unterricht anzubieten.

Die Integrationskraft des Landes steht nun vor einer neuen Herausforderung. Wir laden die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ein, sich auch in der ÖVP zu engagieren und mit uns an einer guten Zukunft des Landes zu arbeiten.

**Zusammenleben
verlangt Regeln.
Integration
fordert Respekt.**

Den Sozialstaat sichern und weiter entwickeln

Der Sozialstaat steht für uns nicht zur Disposition. Er ist Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität und gibt den Menschen Sicherheit in den Wechselfällen des Lebens. Wir wollen ihn erneuern, um ihn im Kern zu bewahren.

Den Sozialstaat auf breitere Grundlagen stellen

Den Sozialstaat sichern bedeutet vor allem, seine Finanzierung angesichts der demografischen Entwicklung zukunftsfest zu machen. Es wird weniger Beitragszahler geben. Die Menschen leben länger. Viele werden alt und haben keine Kinder oder Enkelkinder. Wir müssen deshalb den Sozialstaat auf eine breitere Grundlage stellen. Das gilt zunächst einmal für seine Finanzierung. Sie wird in Zukunft mehr über Steuern und weniger über Beiträge erfolgen müssen. Das senkt außerdem die Lohnnebenkosten und schafft so Arbeit. Aber auch normativ müssen wir den Sozialstaat auf eine breitere Grundlage stellen. Wer eine gerechte Gesellschaft will, darf es sich nicht zu leicht machen, nicht gedanklich und auch nicht politisch. Es gibt mehrere Ziele und Dimensionen der Gerechtigkeit, und sie widersprechen sich teilweise. Eine moderne Gerechtigkeitspolitik muss sie alle berücksichtigen und ausbalancieren.

Das ist einmal die *Verteilungsgerechtigkeit* als eine nach wie vor wichtige, aber eben nur als *eine* Form der Gerechtigkeit, die zwischen den Starken und den Schwachen einen Ausgleich schafft: Die stärkeren Schultern sollen mehr tragen als die schwächeren, und weil unsere Gesellschaft niemanden am Rande liegen lässt und vorübergeht, muss es einen sozialen Ausgleich geben. Aber Gerechtigkeit meint mehr als Verteilungsgerechtigkeit. So erfordert die *Generationengerechtigkeit*, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel lebt. Schulden machen ist den künftigen Generationen gegenüber ungerecht, Schulden abbauen ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

Eine Gerechtigkeitsbilanz für Österreich

Es war die Europäische Bischofskonferenz, die vor einigen Jahren auf eine andere Dimension der Gerechtigkeit aufmerksam gemacht hat. Wichtiger als finanzielle Transfers sei für die Menschen, ob sie Zugang zu Arbeit, zu Bildung und überhaupt zur Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das Prinzip der *Beteiligungsgerechtigkeit* schärft die Sinne dafür, dass ein und dieselbe Maßnahme von den einen als gerecht und von den anderen als ungerecht empfunden werden kann: Ein ausgebauter Kündigungsschutz etwa wird von denen, die Arbeit haben, als gerecht, und von denen, die Arbeit suchen, als ungerecht empfunden. Beteiligungsgerechtigkeit erfordert einen Ausgleich zwischen denen, die drinnen sind, und denen, die draußen sind. Und schließlich gewinnt eine Dimension der Gerechtigkeit an alles überragender Bedeutung, die am Beginn der Industrialisierung, als die großen verschiedenen Soziallehren entwickelt wurden, eine eher untergeordnete Rolle spielte: Die *Bildungsgerechtigkeit* („Die soziale Herkunft eines Menschen darf nicht über seine Zukunft entscheiden.“) ist heute vermutlich die wichtigste Dimension der Gerechtigkeit.

Alle reden von Gerechtigkeit und keiner fragt, wie es damit in Österreich bestellt ist, ganz konkret, gemessen an präzisen Gerechtigkeitszielen (Bekämpfung der Armut, Inklusion in Bildung und Arbeit, soziale Ungleichheit). Wir von der Perspektivengruppe regen an, für Österreich eine Gerechtigkeitsbilanz im europäischen Vergleich zu erstellen, um auf dieser Grundlage eine differenzierte und zeitgemäße Gerechtigkeitspolitik formulieren zu können.

Gerechtigkeit hat mit Lebenschancen zu tun. Der Sozialstaat der Industriegesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, *riskante Lebenslagen* abzusichern (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter). Der Sozialstaat der Zukunft wird darüber hinaus *riskante Lebensübergänge* abfedern, unterstützen, flankieren müssen: die Übergänge von der Ausbildung in den Beruf, vom Beruf in die Familie,

Gerechtigkeit ist mehr als Verteilungsgerechtigkeit. Die Generationengerechtigkeit erfordert, dass die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel lebt.

Der Sozialstaat von heute hat riskante Lebenslagen abzusichern. Der Sozialstaat der Zukunft wird darüber hinaus riskante Lebensübergänge abfedern müssen.

Umstiege im Berufsleben, Rückwege aus der Arbeitslosigkeit, von Beruf und Familie in die Pflege von Angehörigen. Es sind dies Aufgaben, die mit Geld allein nicht zu lösen sind; um die sich der Staat kümmern muss, die er aber aus eigener Kraft nicht bewältigen kann; die allesamt nach einem neuen politischen Mix von Staat, Markt und Zivilgesellschaft verlangen.

Sozialstaat, Sozialkultur und Wohlfahrtspluralismus

Den Sozialstaat auf ein breiteres Fundament zu stellen bedeutet deshalb nicht zuletzt, den Sozialstaat durch vielfältiges Engagement in der Gesellschaft, durch eine soziale *Gesellschaft* zu ergänzen. Wir in der Volkspartei wissen um die Bedeutung des Staates in der gesellschaftlichen Organisation von Solidarität. Darin unterscheiden wir uns von allen Formen des Neoliberalismus. Wir wissen aber auch um die Grenzen des Staates, wenn es um menschliche Sorge und Zuwendung geht. Dadurch unterscheiden wir uns von allen Varianten des Sozialdemokratismus. Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen sich nur deshalb um Menschen kümmern, weil sie dafür bezahlt werden. Die seelische Temperatur im Lande würde abstürzen, wenn es all die Menschen nicht gäbe, die mehr tun als ihre Pflicht. Wir wollen deshalb das Ehrenamt und das freiwillige soziale Engagement stärken und ausbauen. Solidarität und Sicherheit brauchen einen starken Staat, eine starke Wirtschaft und eine starke Gesellschaft mit funktionierenden Familien.

Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen sich nur deshalb um Menschen kümmern, weil sie dafür bezahlt werden.

Die Armut an der Wurzel bekämpfen

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, dann tun wir das in der Tradition der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Es ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, jedem ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, aus welchen Gründen auch immer er in Not und Armut geraten sein mag. Es entspricht aber auch der Würde des Menschen, an seine Fähigkeiten zu glauben und ihm hilfreichen Beistand zu leisten, damit er aus Not und Armut heraus findet und wieder selbstständig leben kann. Subsidiarität und Solidarität sind die zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre. Der Grundsatz der Subsidiarität fordert uns auf, die „kleinen Einheiten“ wie die Familie und die Gemeinde, die Vereine und die vielfältigen Initiativen zu stärken, und Solidarität ist für uns mehr als ein Kampfbegriff, die eigenen Interessen gegen andere durchzusetzen. Auch jenen Gehör zu schenken, die keine Stimme haben, dem ungeborenen Leben wie den künftigen Generationen, der stillen Mehrheit gegen die gut organisierten und die leisen gegen die lauten Interessen zur Geltung zu bringen – all das gehört für uns zu einer gerechten Politik.

Subsidiarität und Solidarität sind die zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre.

Armut hat viele Gesichter. Sie droht auch dort, wo man sie nicht erwartet. Der Soziologe Ulrich Beck spricht von den „riskanten Freiheiten“ und den „normalen Risiken“, die das Leben in der heutigen Zeit kennzeichnen. Aus Übergängen im Leben können Abstürze werden. Die Wege der Multioptiongesellschaft führen nicht nur nach oben. Eine Politik gegen die Armut muss beides im Blick haben: die temporären Krisensituationen und die verfestigte Armut jener Gruppen und Milieus, in denen die Armut über Generationen hinweg vererbt wird wie früher die Adelsprädikate.

Jede erfolgreiche Anti-Armuts-Politik muss deshalb einen eindimensionalen Armutsbegriff überwinden. Armut zeigt sich konkret als Mangel an Geld. Dahinter steckt aber oft ein ganz anderer Mangel: ein Mangel an Bildung, an sozialen Kontakten, an menschlichen Hilfen. Wirksame Strategien gegen die Armut müssen an deren Wurzeln ansetzen: an der Bildungsarmut und an der Netzwerksarmut. Wir leugnen nicht den materiellen Aspekt: nicht bei der konkreten Armut, nicht bei allgemeinen sozialen Fragen. Aber rein materialistische Lösungsansätze helfen nicht wirklich weiter. Es kommt darauf an, die betroffenen Menschen wieder stark zu machen, unterstützende Netzwerke zu bilden und überhaupt das Selbstorganisationspotenzial auf den unteren Ebenen (Gemeinde, Bezirk) zu aktivieren und zu optimieren.

Für eine Kommunalpolitik, die mit mehr sozialer Phantasie Pilotprojekte fördert und neue Wege geht, um soziale Übel zu bekämpfen und soziale Ziele zu erreichen.

Das Problem in unserer Gesellschaft ist nicht, dass es zu viele Alte, sondern dass es zu wenige Kinder gibt.

Wege aus der verfestigten Armut sind mühsam, manchmal aussichtslos. Umso wichtiger ist es, *Wege in die Armut* von Anfang an zu versperren. Jeder kennt die Prognosen für Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Sie werden in den meisten Fällen ein Leben lang vom Staat leben und nie Steuern bezahlen. Es ist nicht nur sozial geboten, sondern auch finanziell-ökonomisch vernünftig, alles dafür zu tun, dass niemand ohne einen Abschluss ins Leben geht. Dazu bedarf es der Kooperation der Schule, der Lehre und der begleitenden Sozialarbeit – und neuer Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in seinen alten und neuen Formen ist eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe. Wir plädieren deshalb für eine Kommunalpolitik, die mit mehr sozialer Phantasie Pilotprojekte fördert und neue Wege geht, um soziale Übel zu bekämpfen und soziale Ziele zu erreichen. Wenn soziale Paten sich konkret um Schülerinnen und Schüler kümmern, bevor diese zu Problemfällen werden, erleben ältere Menschen, wie sie gebraucht werden und jüngere, dass sie zum ersten Mal einem Menschen nicht gleichgültig sind. Wenn eine große europäische Stadt ihre Schuldnerberatung fast ausschließlich mit erfahrenen ehrenamtlichen Kräften durchführt, dann nicht deshalb, um Geld zu sparen (das ist ein willkommener Nebeneffekt), sondern weil Menschen in Not sich den Ehrenamtlichen eher „öffnen“ als Beamtinnen, Beamten und Behörden. So gibt es viele soziale Probleme, die nicht alleine staatlich zu bewältigen sind, die vielmehr eine sozial aktive Gesellschaft verlangen. Die bestehende Armut, gegen die bisweilen kein Kraut gewachsen ist, ist ebenso wie die entstehende, die man verhindern kann, ein zu ernstes Problem, als dass man es bei den bekannten Routinen der Armutspolitik belassen könnte. Wir plädieren für eine andere soziale und politische Philosophie, die auch in scheinbar aussichtslosen „Fällen“ an die Menschen glaubt, an ihren Fähigkeiten ansetzt und diese zu aktivieren versucht, um eine Kultur der Abhängigkeit zu verhindern.

Ein neues Leitbild vom Altern

Die andere Perspektive, die wir vorschlagen, rückt viele Entwicklungen in ein neues Licht. Die Menschen werden immer älter. Sie leben im Durchschnitt rund dreißig Jahre länger als vor hundert Jahren. Das ist kein Grund zur Klage, sondern ein großer Fortschritt. Das Problem in unserer Gesellschaft ist nicht, dass es zu viele Alte, sondern dass es zu wenige Kinder gibt. Es ist an der Zeit, endlich damit aufzuhören, von der alternden Gesellschaft immer nur als Problem zu reden. Die Menschen werden ja nicht nur immer älter, sie werden dabei auch immer jünger. Eine 70-Jährige, ein 65-Jähriger von heute hat nichts mehr mit den Altersgenossen von vor hundert Jahren gemeinsam. Sie wirken nicht nur jünger, sie sind auch gesünder, sportlicher, unternehmungslustiger als die Gleichaltrigen damals.

Es ist Zeit für ein neues Leitbild vom Altern. Die Älteren sind eine große Chance und mit ihrer Lebenserfahrung ein gewaltiges Kapital für unsere Gesellschaft. Sie sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuladen, mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und Erwerbstätigen in einer lebendigen Nachbarschaft gemeinsam etwas zu unternehmen. Jeder hat eine Aufgabe. Alle werden gebraucht.

Wirtschaft und Gesellschaft, von den Vereinen über die Volkshochschulen bis hin zu den Unternehmen, müssen sich Gedanken machen, was sie den alten Menschen zu bieten haben, nicht nur als Kunden und Konsumenten, sondern auch als Akteure mit vielfältigen Interessen. Es kann nicht sein, dass sich nun, nachdem Rassismus und Sexismus, die Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Geschlecht, endlich überwunden sind, auf leisen Sohlen eine Art Altersdiskriminierung breit macht: Erst werden sie gedanklich und dann beruflich und schließlich auch räumlich abgeschoben – nur weil sie nicht mehr jung sind.

Kooperation, Prävention, Finanzierung: Neue Wege in der Gesundheitspolitik

Gesundheit ist für alle eines der wichtigsten Anliegen. Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird. Wir wollen eine durchgängige, integrierte Gesundheitsversorgung, bei der das Wohl der Patientinnen und Patienten und ihre optimale Versorgung im Vordergrund stehen. Um das zu erreichen, brauchen wir die richtigen strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen, eine verbesserte Kommunikation und ein hochwertiges und umfassendes Angebot, sowohl was die Flächendeckung als auch das Leistungsspektrum betrifft.

Kooperation

Wir wollen die intensive Zusammenarbeit zwischen allen Gesundheitsanbietern im ambulanten, stationären und im Bereich der Rehabilitation intensivieren. Sie soll in Zukunft nicht nur reibungslos funktionieren, sondern auch neue Möglichkeiten in der medizinischen Versorgung eröffnen. Besonders wichtig ist es, die Kommunikation und damit die Weitergabe von Informationen zu verbessern. Der „Hausarzt“ ist der vertrauensvolle Partner vor Ort und die zentrale Drehscheibe der Gesundheitsvorsorge. Wir wollen die Vernetzung und die Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten und den Spitälern weiter vorantreiben, damit die Patientinnen und Patienten besser versorgt und langfristig auch Mittel eingespart werden. Die Allgemeinmediziner und Hausärzte sind ein wesentlicher Faktor bei der Veränderung der Strukturen mit dem Ziel, mehr Leistungen aus dem Spital in den niedergelassenen Bereich zu verlagern. Die Hausärztin und der Hausarzt müssen das Rüstzeug haben, Drehscheibe und Begleiter durch das Gesundheitssystem zu sein. Darüber hinaus schlagen wir von der Perspektivengruppe vor: Kooperationen der niedergelassenen Ärzteschaft mit Ambulatorien und öffentlichen Krankenhäusern; Förderung von Gruppenpraxen (Errichtung außerhalb der Krankenhäuser zur Entlastung der Ambulanzen vor allem im fachärztlichen Bereich); sinnvolle Ressourcennutzung in den Bereichen der bildgebenden und minimal invasiven Diagnostik und im therapeutischen Bereich; Versorgungsnetzwerk für Suchterkrankte; Forcierung ärztlicher Kooperationen im Rahmen des Kassenvertragsrechts; Einführung privater Ärztezentren als Tagesklinikum sowie die Weiterentwicklung der Spitäler zu modernen Gesundheitszentren.

Prävention

Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft kann sich nicht darauf konzentrieren, dem Leben durch Hochleistungsmedizin ein paar zusätzliche Jahre zu geben. Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft hat auch zur Aufgabe, den gewonnenen Jahren möglichst viel Leben zu geben. Wir wollen deshalb die Prävention und Gesundheitsförderung zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausbauen. Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention bundesweit und föderal so strukturieren und mit finanziellen Mitteln ausstatten, dass von ihnen eine nachhaltige Wirkung für ein gesundes Leben und ein gesundes Alter ausgeht. Nachhaltige Gesundheitspolitik fängt mit der richtigen Ernährung, mit Bewegung und mit der Verantwortung für die eigene Gesundheit schon im Kindergarten an. Zur Förderung der privaten Gesundheitsvorsorge könnte beispielsweise ein Bonus für Nichtraucherinnen und Nichtraucher beim Krankenkassenbeitrag eingeführt werden.

Finanzierung

Die Finanzierung des Gesundheitswesens in der derzeitigen Form stößt an ihre Grenzen. Es müssen neue Wege gegangen werden. Der größte Hemmschuh für notwendige strukturelle Veränderungen ist das System der Mischfinanzierung. Wir regen deshalb langfristig einen notwendigen und richtigen Paradigmenwechsel, weg von der Beitragsfinanzierung hin zur zentralen Steuerfinanzierung, an.

Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird.

Der „Hausarzt“ ist der vertrauensvolle Partner vor Ort und die zentrale Drehscheibe der Gesundheitsvorsorge.

Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft hat auch zur Aufgabe, den gewonnenen Jahren möglichst viel Leben zu geben.

Wir regen einen Paradigmenwechsel, weg von der Beitragsfinanzierung hin zur zentralen Steuerfinanzierung, an.

Pflegedreieck: Familie, professionelle und ehrenamtliche Helfer

Die Zahl der Menschen, die Pflege brauchen, wird zunehmen. Die aktuelle Situation in Österreich ist wegen mancher systemischer Schwächen angespannt. Mit dem Pflegegeld gibt es ein System, das die autonome Entscheidung des Einzelnen fördert und auch leistbar macht. In einzelnen Bereichen sind hier Verbesserungen nötig, etwa bei der Einstufung von Demenzkranken und bei der Pflege behinderter Kinder. Bei den Sachleistungen bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich Höhe und Systematik, die aus Gründen der Gerechtigkeit überdacht werden sollten. Wir plädieren auch für die Zukunft für einen Vorrang der Geld- vor Sachleistungen, weil es den alten Menschen mehr Freiheit und Selbstbestimmung lässt.

Die meisten Menschen wollen in der Familie oder doch in den eigenen vier Wänden gepflegt werden.

Pflege erschöpft sich aber nicht in Geld- oder Sachleistungen. Es geht darum, die Würde des Menschen und seinen Wunsch auf ein selbst bestimmtes Alter auch dann zu achten, wenn er gebrechlich geworden ist. Die meisten Menschen wollen in der Familie oder doch in den eigenen vier Wänden gepflegt werden. Das ist auch die gängige Praxis. Aber Familien wollen sich kümmern und die „Pflegeregie“ auch dann behalten, wenn sie selbst nicht pflegen können. Aus den Wünschen der zu Pflegenden und ihren Angehörigen lassen sich Perspektiven für die Zukunft ableiten.

Es kommt vor allem darauf an, die Beziehungen im Pflegedreieck zwischen Familie, professionellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern optimal zu gestalten. Im Vordergrund stehen Hilfestellungen für die zu Pflegenden, damit sie möglichst lange zu Hause bleiben können, wie für die pflegenden Angehörigen, damit sie sich nicht überfordern oder von der Situation überfordert werden. Dazu gehören vor allem der Ausbau von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten sowie von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

**Es gibt eine soziale Frage.
Und es gibt nur eine soziale Antwort darauf:
Gerechtigkeit.**

Es ist an der Zeit, die Debatte, die Maßnahmen und die Erfahrungen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Kindern“ auf das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ zu übertragen. Des Weiteren geht es um eine Aufwertung der Pflegeberufe. Die in der Pflege erworbenen Qualifikationen sollen bei sozialen Berufen stärker berücksichtigt werden. Für den individuell erforderlichen Pflegemix sollen neue Kombinationsmodelle (Angehörige, Ehrenamtliche, selbstständige und angestellte Betreuungskräfte, mobile Dienste, institutionelle Einrichtungen) zum Einsatz kommen. Für junge Alte, die Ältere pflegen, soll es – etwa in Weiterentwicklung der Seniorengenossenschaften, die anderswo (Baden-Württemberg) mit Erfolg arbeiten – ein eigenes Unterstützungs- und Anreizpaket geben, um diese gesellschaftlichen Ressourcen besser einbinden zu können. Insgesamt geht es bei der Pflege der Zukunft wie auch bei vielen anderen sozialen Diensten um das scheinbar paradoxe Zusammenspiel von Hilfen einerseits und Selbsttätigkeit andererseits. Was ältere (und, in anderem Zusammenhang, auch jüngere) Menschen an Hilfen brauchen, sollen sie bekommen. Wer etwas für andere tut, was diese selbst tun können, tut ihnen keinen Gefallen, weil er deren Abhängigkeit verstärkt.

Es ist an der Zeit, die Debatte, die Maßnahmen und die Erfahrungen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Kindern“ auf das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ zu übertragen.

Dort, wo pflegebedürftige Menschen in ein Heim müssen, werden wir nach Wegen suchen, Qualität und Kontrolle zu verbessern, etwa durch regelmäßige und unangemeldete Evaluierungen („Pflege-Zertifikat“), deren Ergebnisse im Internet im Rahmen eines jährlichen Berichts veröffentlicht werden. Vor allem wollen wir aber die Möglichkeiten außerhalb der Heimunterbringung verbessern, denn: „Einen alten Baum versetzt man nicht.“ Wir treten für regionale Pflegemodelle ein, die den Menschen ein würdiges Leben in ihrer Heimat ermöglichen, ergänzt und betreut von einem Mix aus professioneller Pflege und ehrenamtlicher Betreuung in Form von freiwilliger Pflegearbeit als Dienst am Nächsten vor Ort. So können regionale Keimzellen für gelebte Solidarität und Mitmenschlichkeit entstehen.

Soziale Ökologie

Pflege ist nur ein – wenn auch wichtiges – Beispiel dafür, dass eine moderne Sozialpolitik das Zusammenspiel von staatlichen Leistungen, professionellen Diensten und ehrenamtlichem Engagement braucht und dass von diesem Zusammenwirken die Lebensqualität nicht nur alter Menschen abhängt. Eine Gesellschaft mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird sich tief greifend verändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben. Familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben, gerade auch was den sozialen Zusammenhalt und die zwischenmenschliche Solidarität betrifft. Die Gesellschaft, wie wir sie bisher kennen, hatte darauf eine Antwort: Frauen kümmerten sich um Kinder und Alte. Ihnen war die Sorge in der Familie, in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft anvertraut.

Auch wenn die traditionelle Antwort so nicht mehr aufgeht, so bleibt doch die Frage: Wer kümmert sich um Menschen, wenn sie Zuwendung brauchen? Wir sehen darin eine zentrale soziale Herausforderung. Das gleichsam natürliche Angebot an Alltagssolidaritäten geht zurück, während die Nachfrage nach Alltagssolidaritäten zunehmen wird. Es geht um die Bereitschaft, sich persönlich zu engagieren und soziale Probleme nicht leichtfertig an Institutionen oder den Staat auszulagern. Wenn die soziale Temperatur im Lande nicht sinken soll, bedarf es in unserer Gesellschaft einer „Kultur des Sozialen“, d. h., eine bewusste Pflege menschlicher Beziehungen, damit unsere Gesellschaft auch in sozialer Hinsicht blüht und gedeiht.

Die modernen Gesellschaften müssen nun lernen, dass sich auch die sozialen Ressourcen nicht von selbst erneuern.

Vor über dreißig Jahren haben wir mit dem Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ gelernt, dass sich die natürlichen Ressourcen nicht von selbst erneuern. Die modernen Gesellschaften müssen nun lernen, dass sich auch die sozialen Ressourcen nicht von selbst erneuern. Wir plädieren deshalb nicht nur für eine Ökologie der Natur, sondern auch für eine Ökologie des Sozialen. Österreich bietet mit seinem reichhaltigen Vereinswesen und Initiativen im sozialen und kulturellen Bereich, mit seinen Freiwilligen in Hilfsorganisationen sowie der Institution der Freiwilligen Feuerwehren gute Voraussetzungen für eine soziale Kultur, die auch den Wandel der Zeiten überdauert.

Klimawandel - Die Erfordernisse der Erde ernst nehmen

Ost und West haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine große Herausforderung gemeinsam gemeistert: Sie haben den Krieg verhindert und den Frieden bewahrt. Die Gefahren des nuklearen Wettrüstens wurden in den 1980er Jahren gebannt: durch die Abrüstung und vor allem durch die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa. Aus Gefahren und wechselseitiger Drohung wurden gemeinsame Chancen und Aufgaben.

Die andere große Leistung des 20. Jahrhunderts bestand in der Zähmung des Kapitalismus durch den Auf- und Ausbau des Sozialstaates. Beide Aufgaben bleiben, aber sie stellen sich neu und anders in einer veränderten Welt. Die Zähmung des *globalen* Kapitalismus erfordert neue Instrumente, und die Friedenssicherung erstreckt sich heute auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und auf die Klimapolitik. Was damals das Wettrüsten war, ist heute der Klimawandel. Er ist ein globales Problem, bei dem die globalen Instrumente weiter gestärkt werden müssen, um den Klimawandel in Schach zu halten.

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen alle Bereiche der Gesellschaft, alle Aspekte des Lebens und die ganze Welt. Wenn global zu wenig geschieht, steigt das Konfliktpotenzial. Lassen wir uns Versäumnisse zu Schulden kommen, wird der Globus unwirtlicher und gefährlicher. Dann müssen wir mit folgenschweren Konflikten und Kriegen über den Zugang zu immer knapperen Ressourcen wie Wasser oder Energie rechnen. Küsten und ganze Länder drohten im Meer zu versinken, Hunderte von Millionen Menschen wären auf der Suche nach einer neuen Heimat, was einen massiven Anstieg der Migration bedeuten würde. Angesichts der Dimension einer solchen Destabilisierung könnte ein Land wie Österreich keine Insel der Seligen bleiben. Sowohl der Migrationsdruck würde steigen, als auch die exportorientierte heimische Wirtschaft wäre betroffen. Daher sind die Erfordernisse der Erde ernst zu nehmen.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Bedrohung, sondern bereits teilweise Realität. Weil er vom Menschen gemacht ist, kann er nur von Menschen eingebremst werden. Völlig verhindert kann er jedoch nicht mehr werden. Wir brauchen eine fundierte Klimafolgenforschung, denn wir müssen uns auf Veränderungen einstellen. Aber wir müssen heute ebenso daran arbeiten, langfristig eine Trendwende zu erreichen. Die Situation ist bedrohlich, aber wir können daraus eine Chance machen; für ökologisches Wachstum, für Arbeitsplätze durch Umwelttechnologien, durch die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile.

Wir müssen akzeptieren, dass es jetzt Zeit für einen umfassend verantworteten Klimaschutz ist. Wir müssen den Paradigmenwechsel in den Köpfen aller Verantwortungsträger verankern. Jeder, der Verantwortung in Politik und Wirtschaft hat, hat auch eine Verantwortung für das Ausmaß des Klimawandels und muss sich für den Klimaschutz engagieren. In erster Linie muss der Energieverbrauch gedrosselt werden, der Ausstoß an Treibhausgasen gesenkt werden. Energisches und konsequentes Handeln ist von allen gefordert. Das ist eine riesige Aufgabe für jede Einzelne und jeden Einzelnen im Haushalt und in der Industrie, in der Freizeit und im Beruf, beim Bauen und Wohnen und in der Mobilität. Erneuerbare Energien zu entwickeln ist wichtig, aber Energiesparen kommt zuerst. Wir schlagen daher vor, Maßnahmen, Ziele und sektorale Verantwortlichkeiten, wenn notwendig in Zukunft gesetzlich bindend festzuschreiben.

Für uns liegt eine der Zukunftschancen in der Unabhängigkeit: Wir sind der Überzeugung, Österreich hat das Potenzial, sich mit Strom, Treibstoff und Wärme in einem sehr hohen Ausmaß selbst zu versorgen. Wir wollen daher die Energieautarkie Österreichs zum Kernziel der Klima-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik machen und in diesem Zusammenhang vorrangig die erneuerbaren Energieträger dezentral ausbauen. Die Potenziale von Biomasse, Solarkraft, Windkraft und Wasserkraft sind ebenso wie die regionalen Einsparungspotenziale zu erheben und zur Deckung der regionalen Strom- und Wärmenachfrage soweit anzusprechen, dass eine möglichst vollständige energetische Unabhängigkeit erreicht wird.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Bedrohung, sondern bereits teilweise Realität. Weil er vom Menschen gemacht ist, kann er nur von Menschen eingebremst werden.

Maßnahmen, Ziele und Verantwortlichkeiten sind, wenn notwendig in Zukunft gesetzlich festzuschreiben.

Wir wollen die Energieautarkie Österreichs zum Kernziel der Klima-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik machen.

häuser werden Kraftwerke

sonderes Augenmerk müssen wir dem Thema Wohnen widmen. Das ist ein Bereich, in dem jeder einzelne Mensch, genauso wie Industrie, Wirtschaft und Verwaltung, gefordert ist. Der Bereich Wohnen greift sowohl das Thema Energieeinsparung und damit Energieeffizienz als auch der Einsatz von erneuerbaren Energien. Eines ist jedenfalls sicher: Lebensqualität im 21. Jahrhundert des Klimawandels kann nicht den Bereich der Energieverschwendung und den kostenlosen Verbrauch begrenzter Ressourcen unseres Planeten ausklammern. Wir dürfen Wohnraum und Wohnhäuser nicht mehr als Energiefresser begreifen, wir müssen sie als Kraftwerke verstehen. Dachflächen und Fassaden sind in der Lage, Energie zu produzieren. Wärme, die durch die Sonne steht, kann ebenso wie die Umgebungswärme genutzt werden. Bei richtiger Anordnung der Solarpaneele und entsprechender Wärmedämmung kann der überwiegende Teil der benötigten Energie eingespart werden. Das Ergebnis kann ein Haus sein, das Energie an öffentliche Versorgungsnetze abgibt statt sie vollständig selbst zu verbrauchen.

Unsere Perspektivengruppe empfehlen, vehement Schritte in diese Richtung zu setzen und mit dem 10.000-Dächer-Programm für die Nutzung der Sonnenenergie als Initialzündung zu beginnen. Im Neubau ist dieser Paradigmenwechsel insbesondere in großstädtischen Bereichen und in mehrgeschossigen Wohnbau kurzfristig umzusetzen. Die Maxime muss lauten: Kein Haus ohne Nutzung von Sonnenenergie, Abwärmenutzung und den Einsatz erneuerbarer Energien; keine Klimaanlage ohne Ausgleich durch Photovoltaik.

Ökonomie statt Verkehr entwickeln

Der Verkehr ist nicht nur, aber insbesondere in Österreich ein Schlüsselbereich der Klimapolitik. Die Verkehrsproblematik erinnert an das alte Bild von Sisyphus. Jeder Erfolg – wie die Ersparnis von Biotreibstoffen – wird von einer weiteren Zunahme der CO₂-Belastung durch den steigenden Verkehr überdeckt, so dass das Ergebnis neue Nettobelastungen und keine Entlastungen sind. Der Stein wird immer schwerer, der Berg wird immer höher, an dessen Fuß Verkehrsplaner immer wieder neu stemmen muss.

Wir müssen aber nicht, sich den Mühen der Ebene zu stellen. Ein zentrales Ziel ist, die Motoren sauberer und schadstoffärmer zu machen. Der Automobilindustrie muss klar sein, dass kein Weg ohne Regulierung vorbeiführt und Verpflichtungen greifen müssen. Mehr Elan und Zukunftsorientierung der europäischen Automobilhersteller würde langfristig der Absicherung der Branche und der Wirtschaft in Europa gut tun. Auch hier gilt: Die Schnelleren und Beweglicheren werden vorne die Nase vorne haben. Ein weiteres Ziel sollte aus unserer Sicht sein, den Umstieg auf klimaneutrale Treibstoffe voran zu treiben. Wir stehen dabei für hohe und ökologisch verträgliche Produktionsstandards für Biotreibstoffe. Für den Straßenverkehr schlagen wir die Einführung einer CO₂-abhängigen Besteuerung vor, die sowohl bei der Normverbrauchsabgabe als auch bei der motorbezogenen Versicherungssteuer ansetzt. Für den Flugverkehr erscheint die Einbeziehung in den Emissionshandel ein auf europäischer Ebene gangbarer Weg.

Wir müssen wir uns aber auch der Diskussion stellen, wie etwa Städte der Zukunft aussehen, damit die Mobilität klimafreundlicher werden kann. Wir müssen die Arbeits-, Freizeit- und Wohnwelten neu aufeinander abstimmen, damit Verkehrswege reduziert werden und die Mobilität mit öffentlichem Verkehr, mit dem Rad oder zu Fuß im Vordergrund stehen kann. Wichtig sollte beispielsweise die Pendlerpauschale umgestaltet und damit automatisch eine Jahreskarte für die Pendlerstrecke in öffentlichen Verkehrsmitteln verbunden werden.

Wir empfehlen ein 10.000-Dächer-Programm für die Nutzung der Sonnenenergie.

Für den Straßenverkehr schlagen wir die Einführung einer CO₂-abhängigen Besteuerung vor.

Die Pendlerpauschale muss umgestaltet und z. B. mit einer Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel auf der Pendlerstrecke verbunden werden.

Branchenvereinbarungen mit der Wirtschaft

Für die Wirtschaft ist der Klimawandel eine Belastung und eine Chance zugleich. Unter Belastung sind nicht in erster Linie die betriebswirtschaftlichen Kosten von Energieeinsparung und die Verminderung des CO₂-Ausstoßes zu verstehen, sondern die Folgen, die für die globalisierte Wirtschaft und damit für jeden einzelnen Betrieb durch den Klimawandel entstehen. Hierzu haben die UN-Klimareporte klare Hinweise gegeben. In die wirtschaftspolitische Debatte haben diese Ergebnisse bisher zu wenig Eingang gefunden. Der Klimawandel bestimmt bereits das Sein, nicht jedoch das Bewusstsein.

Die Wirtschaft muss sich auf weitere Reduktionsnotwendigkeiten im Bereich CO₂ einstellen. Hier ist die Linie der EU für die Zeit nach 2012 bereits vorgegeben und einschätzbar. Dieses Ziel kann nicht alle Branchen und nicht nur jene Unternehmen gleichermaßen und ausschließlich betreffen, die im Emissionshandelsystem derzeit vertreten sind. Jeder hat seinen Beitrag nach seiner Leistungsfähigkeit beizubringen. Aber jeder hat sich auch zu bemühen, nach technologischen Lösungen zu suchen, um seinen Beitrag zu optimieren. Dies ist eine moralische Verpflichtung ebenso wie eine der wirtschaftlichen Vernunft. Fairness auf europäischer Ebene heißt auch, bei den CO₂-Reduktionen die Potenziale und bereits erbrachte Leistungen zu berücksichtigen. Nicht die Innovativen demotivieren, sondern die Langsamsten zu mehr Leistung motivieren, muss die Devise lauten.

Auch im Klimawandel werden jene Unternehmen und Volkswirtschaften die Nase vorn haben, die die Herausforderung als Chance begreifen.

Auch im Klimawandel werden jene Unternehmen und Volkswirtschaften die Nase vorn haben, die die Herausforderung als Chance begreifen und nicht durch Hinhaltenaktik ihren Beitrag schmälern wollen. Die Potenziale liegen sowohl in wirtschaftlichen Prozessen wie in den Produkten und Produktionsverfahren, im Energiesparen bei Gebäuden und der Verwaltung, in der regional orientierten Ressourcenaufbringung sowie in der Verkehrsintensität. Diese betrifft sowohl den Güterverkehr als auch den Personenverkehr inklusive Werksverkehr. In all diesen Bereichen sind Optimierungsprozesse notwendig. Ein zielführender Weg dazu wären freiwillige Branchenvereinbarungen über Reduktionsverpflichtungen, die über den Bereich des Emissionshandels hinausgehen.

Die EU hält eine Energieeinsparung von 20 % in den nächsten Jahren für realistisch machbar. Auch Österreich und damit die Wirtschaft muss das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppeln, um die Klimaziele zu erreichen. Als neues Instrument dazu bietet der Bund neben Beratungsdienstleistungen den Klima- und Energiefonds mit einer fixierten Mindestdotierung von 500 Millionen Euro bis 2010 an.

Die öffentliche Beschaffung kann und muss Schrittmacher einer nachhaltigen Entwicklung sein.

Besondere Verantwortung für Bund, Länder und Gemeinden

Bei diesen Veränderungsprozessen kommt der öffentlichen Hand auf allen Ebenen – Bund, Ländern und Gemeinden – eine besondere Verantwortung zu. Sie muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die öffentliche Beschaffung kann und muss Schrittmacher einer nachhaltigen Entwicklung sein. Wo die öffentliche Hand Geld investiert, müssen höchste ökologische Standards gelten. Die einschlägigen Vergaberichtlinien sollten in diesem Sinne evaluiert und angepasst werden. Dienstreisen sollten nur noch klimaneutral mit Kompensationen in Österreich stattfinden. Dort, wo Regeln des europäischen Binnenmarktes negative ökologische Effekte haben, muss eine Debatte auf europäischer Ebene über die Gewichtung von Politikzielen eröffnet werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Stärkung regionaler und kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe.

Klimawandel und Klimaschutz erfordern auch entsprechende Anreize im Steuersystem. Auch und gerade im Umweltbereich gilt der Grundsatz: Steuern durch Steuern. Die Perspektivenkommission fordert deshalb, dass bei der Steuerreform und beim Finanzausgleich Kriterien des Klimaschutzes gebührend berücksichtigt werden. Wir wollen daher bei jeder Steuerreform ökosoziale Ziele verwirklicht sehen, die die bisher externalisierten Umweltkosten internalisiert und im Gegenzug den Faktor Arbeit entlastet.

Wir sehen im Klimawandel nicht nur eine ökologische Herausforderung für Europa und die Welt, sondern auch eine enorme wirtschaftliche Chance für Österreich. Die jährlichen Wachstumsraten der Umwelttechnologie-Branche in Österreich sprechen für sich. Sie enthalten eine wichtige Botschaft: Klima- und Umweltpolitik rechnen sich.

Der Klimawandel setzt unsere Technologien einem starken Evolutionsdruck aus. Bestimmte Formen der Energieverschwendung unserer Gesellschaft müssen verschwinden, technologische Transformationsprozesse müssen die industrielle Zivilisation verfeinern. In dieser Tradition der Aufklärung und mit dem notwendigen Optimismus stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels: Wir können handeln, aber wir müssen auch handeln.



**Schutz der
Umwelt ist gut.
Sorge um die
Schöpfung
fordert mehr.**

Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Lebensqualität

Der Ländliche Raum braucht ganz spezifische Rahmenbedingungen für seine Entwicklung.

Alle Österreicherinnen und alle Österreicher müssen gleich viel wert sein, egal ob sie in der Stadt oder am Land leben.

Als Maßstab gilt, dass alle wichtigen täglichen Lebenserfordernisse in einem Zeitradius von 45 Minuten machbar sein sollen.

Der Ländliche Raum hat Zukunft. Er ist in Österreich keine Restgröße zu städtischen Ballungsgebieten, bei dem Abwanderung, wirtschaftliche Benachteiligung, schlechtere Infrastruktur oder geringere Bildungschancen hinzunehmen sind. Der Ländliche Raum ist ein eigenständig zu bewahrendes und zu entwickelndes Gebiet, das durch Vielfalt besticht. Es ist insbesondere durch vielfältige und differenzierte Kulturlandschaften geprägt, hat unterschiedliche Geschichtsläufe mit eigenständigen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prägungen. Unsere Regionen sind wertvolle Teile Österreichs, gehören zu unserer Identität, sind unverwechselbare Heimat für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung und sind eine Kraft- und Impulsquelle, auf deren Vitalität Österreich auch in Zukunft nicht verzichten kann.

Der Ländliche Raum braucht ganz spezifische Rahmenbedingungen für seine Entwicklung. Er ist nicht nur Heimat, er kann auch zumindest zeitlich begrenzt zu Heimat werden. Bei steigender Mobilität der Bevölkerung ist er als Lebens- und Wohnraum neu zu sehen, der für bestimmte Lebensabschnitte und individuelle Bedürfnisse bewusst wegen seiner besonderen Lebensqualität auswählbar sein soll. Die Wahlfreiheit des Lebensraums braucht Impulse und eine Umorientierung. Ziel muss die Förderung von Zuzug in ländliche Gebiete sein. Die Belebung von Dorfkernen verlangt nach günstigen Gründen in Gemeinden sowie die Unterstützung der Kommunalpolitiker insbesondere im Bereich der Raumplanung. Unterstützung sollte auch dort angeboten werden, wo Gemeinden Aufgaben kostengünstiger bewältigen könnten; indem sie Einsparungspotenziale nutzen oder eine Zusammenarbeit von Gemeinden bessere und günstigere Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger bringt. In den kleinen Gemeinden ist die Bereitschaft der Bevölkerung, sich zu engagieren und sich in die Dorfgemeinschaft einzubringen, ein noch oft unterschätztes Kapital bei der Organisation und der Bereitstellung von Dienstleistungen. Über allem steht aber der Grundsatz, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinden gewährleistet sein muss. Alle Österreicherinnen und alle Österreicher müssen gleich viel wert sein, egal ob sie in der Stadt oder am Land leben. Daher wollen wir in erster Linie mehr Geld für die kleineren und mittleren Gemeinden. Das ist eine unverzichtbare Forderung an den Finanzausgleich. Starke Gemeinden und Regionen machen Österreich erst zu dem, was es ist: ein starkes Land mit gesunden Strukturen vor Ort, direkt bei den Menschen.

Wir streben im Ländlichen Raum eine möglichst hohe Lebensqualität an. Mit einer regionalen Lebensmittellieferung, mit sauberem Wasser und hohen Umweltstandards, mit reiner Luft, wenig Lärmbelastung und gepflegten Landschaften sowie mit funktionierenden sozialen Netzwerken und Nachbarschaftshilfe. Es geht um Versorgung und Versorgungssicherheit in allen Lebensbelangen. Als Maßstab gilt, dass alle wichtigen täglichen Lebenserfordernisse wie Schule, Arbeitsplatz, ärztliche Versorgung, Einkaufen in einem Zeitradius von 45 Minuten machbar sein sollen. Eine flächendeckende medizinische Versorgung in diesem Sinn heißt dabei eine Sicherung von der ärztlichen Versorgung in der Praxis (Hausärzte, Fachärzte) über die Arzneimittelversorgung in der Apotheke bis zur Spitzenmedizin in den Spitälern. Ein Schlüssel für den Erfolg ist dabei die Mobilität. Das Leben am Land muss auch im Sinne von Erreichbarkeit organisierbar sein. Die Angebote sowohl für den Personenverkehr als auch für Dienstleistungen sowie den Gütertransport sind auf regionale Bedürfnisse besser abzustimmen. Regionale Mobilitätskarten, die auch Taxis einbeziehen, regionale „on demand“-Lösungen sowie Logistikzentren können effizientere Lösungen bringen als Beförderungskonzepte für Ballungsräume zu kopieren bzw. zu verdünnen.

Zu jedem Dorf gehört eine Stadt. Die Ansprüche an den Lebensraum Land unterscheiden sich in vielen Bereichen nicht von den Ansprüchen an den Lebensraum Stadt. Jeder ländliche Bezirk soll daher urbane Strukturen haben dürfen. Urbane Infrastruktur wirkt vor allem in strukturschwachen Gebieten der Landflucht entgegen und ermöglicht erst die freie Wahl der Lebensräume. Als eine Forderung ist dabei auch die Aufwertung der Bezirkshauptstädte zu stellen. Sie müssen ländliche Ballungszentren mit urbanen Strukturen sein. Das betrifft Einkaufszentren

ebenso wie ein ausreichendes Kultur- und Bildungsangebot. So sollen etwa Fachhochschulen vorrangig im Ländlichen Raum angesiedelt werden. Das ist auch ein konkreter Ansatz, den Zuzug von jungen Menschen zu fördern, durch entsprechende Studienplätze und ein leistungsfähiges Wohnungsangebot, insbesondere durch attraktive Mietobjekte.

So wie es urbane Zentren geben muss, ist die Zersiedelung und segmentierte Bebauung zu verhindern. Es sind Kernzonen für die Bebauung zu schaffen und Kernzonen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Dort muss die landwirtschaftliche Bewirtschaftung Vorrang haben, darf sie nicht eingeschränkt oder durch andere Nutzungen konkurrenzieren werden. Österreichs Bäuerinnen und Bauern sind die zentralen Akteure im Ländlichen Raum: für die Produktion unserer Lebensmittel und für die Steigerung der Attraktivität unserer Kulturlandschaft. Gute Marktpreise, Zahlungen aus der Marktordnung und Gelder aus dem Grünen Pakt für Österreichs Landwirtschaft sichern einerseits faire Einkommen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und machen sie andererseits zu wichtigen Investoren im Ländlichen Raum, die Arbeitsplätze direkt sichern und zusätzlich Beschäftigung stimulieren. Darüber hinaus kann nur eine funktionierende Landwirtschaft, die ihr Potenzial für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit nutzt, die Qualität unserer Landschaft erhalten. Nur so lassen sich differenziert strukturierte und vielfältige Kulturlandschaften erhalten. Das ist Basis, dass sich jede Region ihr landwirtschaftliches und kulinarisches Profil erhalten kann. Dort, wo noch Potenzial ungenutzt ist, ist es zur Stärkung der regionalen Identität notwendig, diese Profile zu entwickeln.

Ländliche Regionen sind heute ein Rückgrat für die österreichische Wirtschaft. Dies ist am augenscheinlichsten im Tourismus oder bei der Leistungsfähigkeit der Forstwirtschaft auf internationalen Märkten. In Zukunft kommt mit der regionalen Energieproduktion ein weiteres Standbein für starke Regionen hinzu. Klimaschutz und Energieautarkie sind die zwei Stichworte dazu. Die Herausforderungen, aber auch die Chancen für die ländlichen Regionen sind dabei mehrfach. Wir empfehlen, beim Energieverbrauch in Richtung energieautarke Gemeinde

Zu jedem Dorf gehört eine Stadt.

Nur eine funktionierende Landwirtschaft, die ihr Potenzial für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit nutzt, kann die Qualität unserer Landschaft erhalten.

Verantwortung für Europa und die Welt

Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Die Balance zwischen Stadt und Land, Lebensqualität und Lebensstandard, Ökonomie und Ökologie, Freiheit und Sicherheit machen das österreichische und das europäische Lebensmodell insbesondere für junge Menschen so attraktiv. Grundlage dieses erfolgreichen Lebensmodells ist das friedliche Miteinander der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union. Damit sich das europäische Lebensmodell weiterhin positiv entwickelt, wollen wir es nicht nur bewahren, sondern auch erneuern. Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Diesem Ziel dient unsere Politik nach innen und nach außen. Nur gemeinsam können wir bewahren, was uns wichtig ist – und erreichen, was wir uns vorgenommen haben.

Wir wollen mithelfen, die Trennlinien, unter denen unser Kontinent zu lange gelitten hat, endgültig zu überwinden.

Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte, die ihren Mitgliedern die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte ermöglicht hat. Sie hat darüber hinaus den europäischen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand in bisher unerreichtem Ausmaß gebracht. Europa ist für Österreich die Plattform, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gemeinsam mit seinen Partnern besser meistern zu können. Mehr als alle anderen EU-Staaten konnte Österreich von der Erweiterung der Europäischen Union profitieren: Der EU-Beitritt und die Ostöffnung gemeinsam haben unserem Land ein zusätzliches jährliches Wachstum von ca. 0,5 bis ein Prozentpunkte und 150.000 Arbeitsplätze mehr gebracht. Die Volkspartei ist Österreichs Europapartei. Wir von der Perspektivengruppe bekräftigen, dass unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger die vielfältigen Chancen im neuen Europa wahrnehmen sollen. Wir wollen die österreichischen Interessen in Europa bestmöglich vertreten und ein verlässlicher Partner sein. Wir wollen sicherstellen, dass Europa nützt und schützt, wenn es gebraucht wird. Wir wollen mithelfen, die Trennlinien, unter denen unser Kontinent zu lange gelitten hat, endgültig zu überwinden.

Wir werden das gemeinsame europäische Friedensprojekt weiterhin aktiv mitgestalten. Die Europäische Union umfasst heute 27 Mitgliedstaaten mit fast einer halben Milliarde Bürgerinnen und Bürger. Ihr Zusammenleben erfordert bessere und klarere Regeln als sie die derzeitigen EU-Verträge bieten können. Die Volkspartei unterstützt deshalb die Arbeit an neuen Spielregeln für die Europäische Union auf der Basis des EU-Verfassungsvertrages. Wir lassen uns dabei von unseren Prinzipien – Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit, Toleranz, Solidarität, Subsidiarität und Respekt vor der Vielfalt – leiten.

Gerade diese Vielfalt macht den eigentlichen Reichtum Europas aus. Wir wollen sie erhalten und fördern. Aus diesem Grund tritt die Volkspartei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dafür ein, Entscheidungen nur dann auf europäischer Ebene zu treffen, wenn sie nicht besser auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene getroffen werden können. Österreich kann sein Potenzial in der Mitte Europas nur dann voll ausnützen, wenn die Vereinigung unseres Kontinents vorangetrieben wird. Dieser Prozess muss alle Staaten des westlichen Balkans umfassen, denn Stabilität und Wachstum in Südosteuropa bringen Sicherheit und Wohlstand für unser Land. Als Perspektivengruppe treten wir für verantwortungsvolles Vorgehen in der Frage der EU-Erweiterung ein, d. h., dass bei künftigen Erweiterungsrunden immer auch das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union berücksichtigt werden muss.

Sollte die Frage des EU-Beitritts der Türkei zur Entscheidung anstehen, müssen die Österreicherinnen und Österreicher in einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.

In Bezug auf die Türkei tritt die Volkspartei für eine schrittweise Heranführung an europäische Standards ein. Sollte am Ende des Prozesses die Frage des EU-Beitritts der Türkei zur Entscheidung anstehen, müssen die Österreicherinnen und Österreicher in einer Volksabstimmung das letzte Wort haben. Als Perspektivengruppe empfehlen wir der Volkspartei, ihre strikte Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei ohne Volksabstimmung zu bekräftigen. Wir erwarten in dieser Frage von allen Parteien einen Schulterschluss mit der Volkspartei, damit die österreichische Bevölkerung in dieser Frage Sicherheit hat. Grundsätzlich plädieren wir dafür, die Türkei-Frage nicht nur unter dem Aspekt des Beitritts zu diskutieren. Es sind auch andere Formen der

Zusammenarbeit denkbar. Etwa ein „dritter Weg“ im Sinne einer vernünftigen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei ohne Mitgliedschaft in der EU.

Die Europäische Union ist die konkrete Ausgestaltung eines weltweit einzigartigen Lebensmodells, das wir in der globalisierten Welt bewahren und weiterentwickeln wollen. Das europäische Lebensmodell steht für eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit, zwischen Innovation und Bewahren. Es basiert auf klaren Werten, dem Respekt vor Vielfalt und der Solidarität und steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für soziale Absicherung, Umweltschutz und Sicherheit.

Damit die Menschen in den Mitgliedstaaten Europa auch verstehen können, muss die Europäische Union gerade auch die nationalen Besonderheiten, Traditionen und Entscheidungen akzeptieren. Als Beispiel für Österreich sei hier der bewusste Verzicht Österreichs auf Atomkraft oder die entschiedene Ablehnung der Gentechnik erwähnt.

Österreich und Europa sollen immer jene Region in der Welt sein, der erfolgreich die „Quadratur des Kreises“ gelingt: nämlich politische Freiheit (Demokratie), wirtschaftliche Dynamik (Marktwirtschaft) und sozialen Ausgleich (Sozialstaat) gemeinsam zu optimieren und keines dieser Wertziele den anderen zu opfern. Heute müssen Umwelt- und Klimapolitik gleichberechtigt hinzukommen. Wir lassen uns nicht einreden, dass wir, um wirtschaftlich in einer globalisierten Welt mithalten zu können, den Sozialstaat demontieren müssten oder auf die Ökologie keine Rücksicht mehr nehmen könnten. Nur in diesem Quartett hat Europa einen guten Klang, bleibt es eine Einladung an die Welt und ein Versprechen für ein Modell jenseits US-amerikanischem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus.

Europa ist für uns ein attraktives Lebensmodell, ein Projekt des Friedens und der Entwicklung und der einzig sinnvolle Weg, auf die Entwicklung der Welt Einfluss zu nehmen und der Globalisierung einen Rahmen und eine Ordnung zu geben. Ob es nun darum geht, die neuen Gefahren abzuwehren, die unserer Sicherheit durch den internationalen Terrorismus drohen, ob Regeln formuliert und durchgesetzt werden müssen, die die globalen Finanzmärkte vor dem Absturz bewahren, ob ökologische und soziale Standards weltweit durchgesetzt werden sollen, immer handelt es sich um Aufgaben, die nur in internationaler Kooperation angegangen werden können. Wir wollen deshalb Europa nicht nur als Lebensmodell, sondern auch als kraftvolle Stimme in der Welt.

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten verzichtet die Europäische Union darauf, ihre Ziele und Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Europa vertraut den Regelmechanismen des Völkerrechts, der internationalen Institutionen und schließlich der Diplomatie. Und trotzdem ist der europäische Weg ein Versuch, mit so genannter „soft power“ der Welt seinen Stempel aufzudrücken. Europas Rolle in der Welt ist jene eines Vorbilds. Nicht mit Zwang wird der europäische Standpunkt nahe gebracht, sondern in einem intensiven – auch kontroversiellen – Dialog wird ein gemeinsamer Kompromiss gesucht. Das geschieht innerhalb der Europäischen Union, und es wird auch in der Außenpolitik vorgelebt. Diesen in Europa erfolgreichen Weg gilt es verstärkt in die Beziehungen Europas zum Rest der Welt einzubringen.

Europas Zukunft liegt einerseits in einer Vertiefung seiner Beziehungen zueinander und andererseits in einer schrittweisen Heranführung neuer Mitgliedsländer an die europäischen Standards. Da es gegenwärtig nicht den Anschein hat, dass alle Länder diesen Weg im gleichen Tempo mitgehen, soll Österreich jedenfalls bei allen gemeinsamen europäischen Projekten initiativ und engagiert mitarbeiten.

Europa ist mehr als ein Staatenbund und weniger als ein Bundesstaat. Die alten Kategorien taugen nicht mehr, um die europäische Wirklichkeit zu begreifen. Etwas Neues entsteht, nach innen wie nach außen. Europas ideeller und materieller Reichtum ist für viele Menschen in der Welt ein unwiderstehlicher Magnet. Als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Friedens ist Europa Vorbild für andere Länder und Regionen.

Damit die Menschen Europa auch verstehen können, muss die EU gerade auch die nationalen Besonderheiten, Traditionen und Entscheidungen akzeptieren.

Wir wollen Europa nicht nur als Lebensmodell, sondern auch als kraftvolle Stimme in der Welt.

Wir wollen deshalb mit Blick nach innen wie nach außen das europäische Sozialstaatsmodell angesichts der Globalisierung und dem dadurch verschärften Wettbewerb aufrechterhalten und es reformieren, um unter geänderten Rahmenbedingungen soziale Sicherheit mit internationaler Konkurrenzfähigkeit in Einklang zu bringen. Nach innen wie nach außen wenden wir uns gegen falsche Alternativen. Weder neoliberal noch sozialistisch wollen wir aus einer starken Mitte heraus Österreich nach vorne bringen: wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Eine dynamische Entwicklung, der soziale Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicherheit sind und bleiben die Kriterien einer erfolgreichen Region, eines blühenden Landes. Daran wollen wir weiter arbeiten.

**Sicherheit hat
viele Facetten.
Jede davon zählt.**

Sicher leben – Perspektiven der inneren und äußeren Sicherheit

Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Diese Aufgabe wird immer wichtiger, aber auch schwieriger, weil das Gefühl der Sicherheit durch ganz unterschiedliche Entwicklungen berührt wird. Wir plädieren für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit und für eine Sicherheitspolitik, die dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit in *allen* Politikfeldern Rechnung trägt: dem Wunsch nach wirtschaftlicher Sicherheit durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik; dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit dadurch, dass wir den Sozialstaat wetterfest machen. Sicherheit durch Arbeit braucht eine rechtzeitige Bildungsvorsorge. Dem Bedürfnis nach emotionaler Sicherheit kommt eine Politik entgegen, die Rücksicht nimmt auf die Familien, und die kulturelle Sicherheit wächst aus einer erfolgreichen Integrationspolitik im Rahmen unserer kulturellen Werte und Traditionen.

Der inneren Sicherheit kommt bei alledem eine überragende Bedeutung zu. Recht und Ordnung sind die Alternative zu Willkür und Gewalt und damit eine elementare Voraussetzung für die Freiheit der Menschen und für die Lebensqualität in den Städten. Ohne Recht und Ordnung gibt es kein ziviles Leben. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wir wollen, dass die Menschen ohne Angst leben können: ohne Angst um ihr Leben, ohne Angst um ihre Kinder, ohne Angst um ihre Zukunft, ohne Angst um Wohnung, Haus und Hof. Wir wollen deshalb einen Staat, der für Recht und Ordnung sorgt und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt. Deshalb wollen wir eine starke und moderne Polizei, eine Polizei, die mehr auf den Straßen sichtbar ist und weniger in Bürokratie versinkt.

Die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit steigen. Der Abbau der Grenzen im Osten hat nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch höhere Kriminalitätsraten und mehr illegale Einwanderung gebracht. Klar ist, dass die Polizei auf diese Entwicklungen hart und konsequent reagieren muss. Auch nach Öffnung der Schengengrenzen muss sichergestellt sein, dass unser Sicherheitsnetz eng genug geknüpft ist, um Schlepper-, Einbrecher- und Diebesbanden abzuwehren. Neben der Polizeipräsenz im Grenzgebiet ist an der grünen Grenze auch der Einsatz des Bundesheeres notwendig. Des Weiteren haben die Asylbehörden und die Fremdenpolizei sicherzustellen, dass Österreich keine Insel des Asylmissbrauchs und der illegalen Einwanderung wird.

Die Kriminalität ist international vernetzt, unsere Sicherheitsorgane müssen es auch sein. Alles in allem hat die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Österreich sicherer gemacht, weil die grenzüberschreitende Verfolgung von Straftaten leichter wurde. Wir wollen die enge Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich weiter intensivieren. Schwerpunkt sind dabei die Länder im Südosten Europas. Stabilität und Sicherheit in Südosteuropa bedeuten auch mehr Sicherheit in Österreich.

Wer Rechte bricht, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Eine wehrhafte Demokratie muss ihre Exekutivorgane stärken und ihnen die notwendigen Mittel in die Hand geben, um die Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden. Opferschutz hat für uns Vorrang vor Täterschutz. Ein Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus und Gewalt. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben.

Es muss Härte und Konsequenz dort geben, wo sie geboten sind, aber keine vereinfachte Debatte, welche die innere Sicherheit allein an Polizei und Gerichte delegieren möchte. Die Volkspartei ist traditionell die Sicherheitspartei in Österreich, und wir wollen, dass das so bleibt. Wir wollen aber auch, dass sich unsere Sicherheitsphilosophie auf der Höhe der Zeit befindet. Alles, was

Wir plädieren für eine Sicherheitspolitik, die dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit in allen Politikfeldern Rechnung trägt.

Wir wollen eine starke und moderne Polizei, eine Polizei, die mehr auf den Straßen sichtbar ist und weniger in Bürokratie versinkt.

Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden. Opferschutz hat für uns Vorrang vor Täterschutz.

Die einen müssen das Gefühl haben, ihre Heimat zu behalten. Die anderen müssen das Gefühl haben, eine neue Heimat zu finden. Alle müssen sich an die Regeln halten.

die Integration, das Gefühl der Zugehörigkeit und die soziale Verantwortung aller Menschen in den Städten und Gemeinden stärkt, schafft auch innere Sicherheit. Die einen müssen das Gefühl haben, ihre alte Heimat zu behalten und nicht Fremde im eigenen Land zu werden. Die anderen müssen das Gefühl haben, eine neue Heimat zu finden. Alle müssen sich an die Regeln halten. Integrationspolitik ist immer auch Sicherheitspolitik. Wir halten es aus humanen wie aus Sicherheitsgründen für notwendig, sorgfältig zu unterscheiden. Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer, der Migrantinnen und Migranten, die bei uns leben, halten sich an Recht und Ordnung. Sie brauchen Arbeitsmarktperspektiven und ihre Kinder Bildungsperspektiven. Wir sind hart gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, aber wir wollen, gerade auch aus Sicherheitsgründen, eine Integrationskultur in Österreich, deren Grundlage Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat sind.

In einem solchen politischen Horizont sind dann Sicherheitspartnerschaften zwischen der Polizei, den Gemeinden und Städten und zivilgesellschaftlichen Initiativen (auch solchen mit und von Migrantinnen und Migranten) sinnvoll. Dadurch kann unser Lebensraum – Dörfer, Städte und Gemeinden – sicher, lebens- und liebenswert gehalten werden, statt ganze Viertel verwahrlosen zu lassen. So gehören Null-Toleranz und eine urbane wie soziale Stadtentwicklung zusammen wie zwei Seiten ein- und derselben Medaille.

Die Sicherheit in der Welt wird heute weniger durch das nukleare Wettrüsten als durch den internationalen Terrorismus bedroht. Seine Abwehr erfordert unsere ganze Wachsamkeit. Grenzenloser Kriminalität muss unbegrenzt Recht und Gesetz entgegengehalten werden können. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit werden fließend. Die Sicherheitspolitik muss deshalb neue Wege gehen. Das Bundesheer erbringt viel beachtete Leistungen im Ausland für Frieden, Stabilität und Entwicklung. Besonders gilt dies in unserer südöstlichen Nachbarschaft in Bosnien und im Kosovo. Diesen friedenserhaltenden Dienst – vor allem die friedensichernden Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen (UN-Blauhelme) – brauchen wir auch in Zukunft.

Die innere Sicherheit hat durch neue Herausforderungen eine globale Dimension bekommen. Die Instrumente und Organe der inneren und äußeren Sicherheit müssen besser miteinander verzahnt werden. Das Bundesheer soll seine besonderen Fähigkeiten nicht nur im Katastrophenschutz, sondern auch bei der Bewältigung von terroristischen Gefahren, im Rahmen von sicherheitspolizeilichen Assistenzsätzen, ergänzend zur Polizei einbringen können.

Der terroristische Islamismus, der die radikale Interpretation des Islam über Verfassung und Gesetze stellt, ist eine besondere Bedrohung für die Menschen in Österreich, auch für die Mehrheit der Muslimas und Muslime, die sich zu unserem demokratischen Grundgefüge bekennen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit ihnen wie mit allen Demokraten über alle Religionsgrenzen hinweg. Den gewaltbereiten Fundamentalismus werden wir konsequent bekämpfen.

Eine moderne Sicherheitspolitik muss Antworten finden auf neue internationale Herausforderungen. Nicht alle Sicherheitsfragen können mit polizeilichen oder militärischen Mitteln bewältigt werden. Dazu gehört vor allem die Sicherung der Energieversorgung. Sie rückt immer mehr in den Mittelpunkt der weltpolitischen Aufmerksamkeit. Die eigentliche Problematik der Energiesicherheit liegt in den Krisen und Instabilitäten in den Rohöl und Erdgas produzierenden Staaten und in der wachsenden globalen Rohölnachfrage vor allem aus Asien. Nach Auffassung der Perspektivengruppe sollte die künftige Energieversorgungssicherheit als integraler Bestandteil der europäischen Sicherheitspolitik verstanden und entsprechende europäische Strategien erarbeitet werden.

Die Neutralität Österreichs, wie sie im Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 festgeschrieben ist, ist unverzichtbarer Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Wir bekennen uns zu ihrem Kern, sie steht für uns nicht zur Disposition. Genauso bekennen wir uns aber auch weiterhin zu einer selbstständigen, aktiven und dynamischen Neutralitätspolitik, wie sie Österreich bereits durch seinen Beitritt zur UNO im Jahr 1955 und zur Europäischen Union im

Der terroristische Islamismus ist eine Bedrohung für die Menschen in Österreich. Auch für die Mehrheit der Muslimas und Muslime.

Jahr 1995 praktiziert hat. Wir stehen zur Verantwortung, die Österreich in der Europäischen Union und in der Staatengemeinschaft übernommen hat und sind solidarisch mit den anderen Mitgliedsstaaten, wenn es gilt, unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.

In letzter Instanz kommen die Sicherheit der Menschen und des Landes nicht von außen, durch Waffen, sondern von innen, aus der eigenen Stärke: Wenn alle Österreicherinnen und Österreicher begründetes Vertrauen in die Zukunft haben können; wenn sie sich auf einen funktionierenden Staat und eine prosperierende Wirtschaft verlassen können; wenn sie erleben, dass die Politik ihre Sorgen ernst nimmt. Keine Politik kann alle Probleme lösen, aber die Richtung muss stimmen.

Der Weg der Mitte – Weder neoliberal noch sozialistisch

Politik für die Zukunft bedeutet mehr als nur die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit zu verteidigen. Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich in jeder Generation neu – und in einer Zeit großer Veränderungen ganz besonders. Die Frage der Nachhaltigkeit stellt sich daher so dringend wie nie zuvor und muss auch auf der politischen Agenda ganz nach oben rücken.

Die Antworten auf diese Herausforderungen sind so unterschiedlich wie die großen Ideenströme und politischen Bewegungen, die es gegenwärtig gibt.

Die einen leugnen die Probleme und sagen, Markt und Wettbewerb würden schon alles regeln und richten. Sie sehen den Wandel der Welt und sind blind für die Werte. Diese neoliberale Position kann nicht die Position der Volkspartei sein.

Die anderen leugnen die Probleme auf ihre Art und sagen, der Staat werde schon alles richten, wenn er nur die ganze Macht hat und die ganze Macht in den richtigen Händen liegt. Sie sind blind für Veränderungen und geben alte Antworten auf neue Fragen. Diese sozialistische Position hat keine Zukunft.

Dann gibt es den Weg der Mitte: Er versucht, alte Werte und neue Wirklichkeiten zusammenzubringen. Er versucht, Wohlstand und soziale Sicherheit in einer veränderten Welt zu schaffen und bei allem, was wir tun, den Gedanken der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist nicht genug, nur den Reichtum des Landes zu mehren. Es kommt darauf an, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Mit diesem Weg der Mitte erteilen wir von der Perspektivengruppe jeglicher Form eines Rechts- oder Linkspopulismus eine klare und entschiedene Absage.

Das ist die Position des modernen Konservatismus, wie ihn eine erfolgreiche moderne Volkspartei heute vertreten muss.

Aus der Mitte des Volkes. An der Seite der Menschen. Auf der Höhe der Zeit.

Wir haben verstanden

Die Perspektivengruppe legt ein Jahr nach der Wahl ihren Bericht vor – zur Diskussion in der Partei und in der Öffentlichkeit. Es ist nicht der Versuch, sich durch kosmetische Korrekturen an der Oberfläche attraktiver zu machen und so beim nächsten Mal vielleicht noch einmal durchzukommen. Ein solcher Versuch müsste – und wir sagen: zum Glück! – scheitern.

Wir sind tiefer gegangen – und haben weiter gedacht. Wir haben einen Diskussionsprozess begonnen. Wir haben mit Tausenden innerhalb und außerhalb der Partei und im Internet das Gespräch gesucht und vielfältige Anregungen erhalten. Dafür möchten wir uns herzlich bei allen bedanken.

Das breite Echo hat gezeigt: Die Zeit ist reif für den Versuch, die christlich-sozialen Wurzeln der Volkspartei wieder sichtbarer zu machen, die Lebenswelten der Menschen ernst zu nehmen und den Blick für die Zukunft zu schärfen.

Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, kann die Zukunft nicht gestalten. Und wer nicht weiß, wo er her kommt, weiß auch nicht, wo er hin will. Die Kraft des Konservativen besteht nicht nur darin, zu bewahren, was sich bewährt hat. Sie zeigt sich vor allem darin, Neues zu schaffen, das es dann verdient, bewahrt zu werden.

Es geht nicht nur um wirtschaftliche Erfolgsbilanzen.

Es geht um politische und gesellschaftliche Verantwortung.

Es geht nicht nur um Zahlen und Fakten.

Es geht um Werte und Menschen.

Es geht nicht darum, wie wir es uns heute bequemer machen.

Es geht darum, wie wir morgen leben wollen.